

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
27 (1913)**

172 (25.7.1913)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-580704](#)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rüstringen, Petersstraße Nr. 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Uilmenstraße Nr. 28.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Sammelbezahlung für einen Monat einschließlich Versandkosten 75 Pf. durch die Post bezogen vierjährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pf. einschließlich Bestellung.

Mit Unterhaltungs-Beilage
und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inferaten wird die festtag-spätere Zeitzeile oder deren Raum für die Inferaten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filiale mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inferaten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden 10% vorher erbeten. — Plakatbestimmungen unverbindlich. Reklamezettel 50 Pf.

27. Jahrgang.

Rüstringen, freitag den 25. Juli 1915.

Nr. 172.

Der Kampf um die drei Jahre.

Um unseres Lesers ein klares Bild über die französische Wahlvorlage und den Kampf um dieselbe zu geben, bringen wir im nachstehenden zwei oder drei Artikel zum Abdruck, die einige unserer deutschen Vorleseblätter von ihrem Korrespondenten in Paris zugegangen sind.

Als Mitte Februar die deutsche Regierung ihre neuen Militärvoerlagen ankündigte, die eine gewaltige Verstärkung der aktiven Armee enthielten, gab die gesamte antirepublikanische Klerikalfaktion und gemäßigt-republikanische Presse sofort die Parole aus: „Unsere Antwort kann nur in der Erfüllung der dreijährigen Dienstzeit bestehen.“ In der radikalen Presse machte sich vom ersten Tage an die Unmoralitätlichkeit bemerkbar, die bis zum letzten Augenblick der Diskussion, bis zur Annahme der Ammoniusvorlagen, die kurz vor Mittwoch am Samstag erfolgte, das Werkzeug des Verfalls der radikalen Fraktionen blieb. Der frühere Ministerpräsident Clemenceau in epigrammatischer Form sich gleich als Anhänger der dreijährigen Dienstzeit definierte, sprach sich die meisten der radikalen Führer dagegen aus: aber man hatte selten den Eindruck, daß sie ein klar unirritables militärisches Programm hatten, das sie dem der Reaktion entgegenstellen könnten. Sie überließen es den Sozialisten, in deren Namen und Auftrag darum einen Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit führte, der in der Gedächtnis des Parlamentarismus zu den unvergesslichen gehörte.

Erschwert wurde das Eintreten für die unveränderliche Beibehaltung des Gesetzes von 1905 durch die Ungehorsamkeit der deutschen Aufrüstung, die Deutschland im Herbst 1914 ein Heer von 44 000 Mann in der aktiven Armee verschaffte, wenn Frankreich alles beim Alten ließ. Es ist keine Frage, daß diese Ziffern auf die großen Machten des Volkes einen starken und nachhaltigen Eindruck machten — und daß weder die von sozialistischer Seite in meisterhafter Weise an der präzisen Wirklichkeit der dreijährigen Dienstzeit geübt wurde, noch die Tatsache, daß es belonders die sozialrepublikanischen Parteien waren, die die Forderung der drei Jahre erhoben, diesen Eindruck verwerten konnten. Wenn es der sozialistischen Partei trotzdem gelang, im Land eine starke Bewegung hervorzurufen, so lag das eben so sehr an der verhängnisvollen Verlostung, die die dreijährige Dienstzeit allen, in erster Linie natürlich den arbeitenden, besitzlosen Klassen bringt, und damit der französischen Proletarientum, als an dem brillant und unzählig durchgesuchten Kampf der sozialistischen Parlamentsfraktion. Aber gerade angesichts der Schwere des Opfers, das ein drittes Konsensjahr bedeutet, ist es bezeichnend für die tiefe Sorge, die Deutschlands Aufrüstung im Volk wacherufen hat, daß die Massen der Franzosen, deren erdrückende Mehrheit republikanisch gefestigt ist und sich so leicht nichts von ihren traditionellen Freiheiten bedrohen und wegnehmen läßt, im Grunde verhältnismäßig ruhig blieb. (Die Ereignisse in den Städten von Toul, Belfort, Rouilly, Angers usw. gehören einem andern Kapitel an.) Wöhrend ein Teil der Bevölkerung tatsächlich einen deutschen Angriff befürchtet, argumentieren die anderen folgendermaßen: „Wenn es auch richtig ist, daß die neue deutsche Aufrüstung vor allem Rußland gilt, im Augenblick eines Krieges würde sich diese verstärkte Armee doch gegen uns richten, was sollen wir also machen bei all unserer Friedensliebe? 1911 und 1912 hat Deutschland seine Armeen schon verstärkt, ohne daß wir ähnliche Maßregeln ergreifen haben. Von 1882 bis 1912 hat Frankreich an außerordentlichen Ausgaben für sein Kriegsmaterial 2 Milliarden 700 Mill. Fr. ausgegeben und Deutschland 2 Milliarden 700 Millionen, also 200 Millionen mehr als wir. Seit 30 Jahren sind die militärischen Ausgaben Frankreichs um 70 Prozent, die Deutschlands jedoch um 227 Prozent gestiegen....“

Die Händen der Reaktionäre bildeten diese Tatsachen, die weder von den Radikalen noch von den Sozialisten bestritten werden konnten, glänzende Waffen, die die der Reaktion zur Verfügung stehende Presse in der Skrupellosigkeit und oft irreführenden Weise spielen ließ, um eine partizipante Stimmung hervorzu rufen.

Die Regierung stellte sich von vornherein entschlossen auf die Seite derer, die mit allen Mitteln und allen Argumenten für die dreijährige Dienstzeit kämpften. Briand, der sich noch äußerst einen ehrenhaften Abgang wünschte, batte, indem er die vom Senat verworfene Wahlreform verteidigte, sätig zu seinem Nachfolger seinen Justizminister Barthou vor; da er selbst keine Lust hatte, den drei Jahren zum Sieg zu verhelfen, wählte er denjenigen seiner Kollegen, von dem er wußte, daß ihn seine ganze Vergangenheit um gelegneten dazu machte, die Hilfe der Reaktion zu suchen und zu finden. Und da der neue Präsident der Republik Poincaré, ungefähr denselben politischen Atmosphären ent-

sannnte wie Barthou, der einst in Méline's reaktionären Kabinett das Ministerium des Innern hatte, zum Generalinspektor der Truppen, die die dreijährige Dienstzeit erlangen sollten, ernannt wurde.

Für die Radikalen, die in den letzten Jahren das Privilegium hatten, die Ministerien zu besetzen, war der Eintritt Barthous im Ministerpräsidium der klare Beweis dafür, daß sie am Ende der ersten Periode ihrer Herrschaft waren, wenn sie sich nicht unvergänglich gegen ihn zusammen schlossen. Sie machten auch einen energischen Vorstoß, als Barthou sich vorstellte; da ihre Gruppen in der Kammer völlig desorganisiert sind, vermochten sie es nicht zu verhindern, daß einige Dutzend ihrer Mannschaften zu Barthou abmarschierten. Und je länger die Militärdebatte dauerte, desto stärker wurde Barthous Stellung. Einhundert Radikale erneuerten ihm sogar das Gefallen, den Verlust einer weiten Sezession zu machen und eine neue Gruppe zu gründen. Da Barthou sich als außerordentlich geschickter Debatter und wunderbar Improvisator erwies, dem die Aussicht, als Lohn für einen Sieg im Lauf der Debatte über die drei Jahre einen Sieg in der Akademie der vierzig Unterordnungen zu finden, einen ungewohnten Mut gab, so fand er am Samstag abend eine starke Mehrheit, die er wohl selbst erwartet hatte. Die gesamte Reaktion stimmte für das Gesetz in ihrem Namen, gaben Beauregard für die gehörigen Alerikolen, Vieu für die katholisch-klerikalen, Baudin de l'Asson für die Monarchisten Erklärungen ab, die zeigten, wie tief das neue Gesetz alle Feinde der Demokratie und der Republik befriedigt. Um so berechtigter lang die Verurteilung, welche die sozialistische Fraktion in der vor der La Voix in ihrem Auftrag verlesenen Erklärung noch einmal vor der Schlussabstimmung ansprach:

Schrift auf Schrift haben wir seit Wochen die Komposition eines Gesetzes, das uns verhängnisvoll und überwiegend erscheint, bekämpft. Einstimming werden wir das Ganze ablehnen. Es entstammt einem Gedanken sozialer Reaktion und hat zum Ziel . . . aus der Armee eine nationale Gendarmerie zu machen. Weit davon entfernt, die Verteidigung des Landes zu sichern, kompromittiert es sie. Die wahrhaft republikanische Organisation des bewaffneten Nation bliebe Frankreich nicht nur unbeschreibbar, sondern unangreifbar gemacht. Im Gegenteil wird Frankreich durch eine Verkürzung des beschwerlichen und langwiegenden Dienstes geschwächt, das Land von der militärischen Erziehung der Jugend ablenkt wird, von der ernsthaften Einbildung der Männer und die es in den Quellen seiner Produktion, seines Reichtums und seines Willens trifft.“

Dann läudigt die Fraktion einen Kampf zur Wiederabschaffung des neuen Gesetzes an und für Besitzsteuer zur Deckung der Unfosten.

Politische Rundschau.

Rüstringen, 24. Juli.

Gerechtigkeit!

In der Herberge macht sich ein alter, abgeschrägter Verbrecher an ein paar junge Burschen heran, die sich auf der Wanderschaft befinden. Er bedroht die Mittellosen, mit ihm ein „Ding zu drehen“. Der Bauer, bei dem er als Knecht in Diensten steht, hetzt Geld. Man braucht nur ein paar Berliner vorübergehend wehrlos zu machen, und man befindet sich im Reich der Reichtümer. Das ekelhafte Suchen nach Arbeit bei einer Größe, zum mindesten aber dann man auf ein paar Tage lang herlich und in Freuden leben und sich ähnliche Genüsse verschaffen, wie sie für die reichen Adelsäste selbstverständlich sind.

Die Sache kommt anders, als die Jungen sie sich gedacht haben. Sie raus flüchten. Die sozialen Lüge lösen sich aus den Menschen. Ein paar Schläge würden zu stark gefüllt, ein Strich etwas zu fest angesogen und nun sieben die dem Knabenkörper kaum entwöhnbaren Burschen mit dem gefürchteten Knoblauchdörre vor den Geschworenen. Sternfeld schreibt möglichst viel Schuld auf seine Komplizen. Sie beteuern unter Tränen, daß sich die Dinge anders zugestanden hätten. Sie versichern, daß ihnen die Absicht zu merken gefehlt habe. Sie sind mitgegangen, verführt von dem Menschen, dessen Hände von Blut triefen, und der die Unrat, die seine lebend fein solle, ohne Bedauern nicht ausführen konnte. Gilt nichts: die Geschworenen brauchen sie schuldig und das Gericht verhängt über sie die Todesstrafe.

Das war jetzt vor rund vier Monaten. Zwischenzeitlich erhoben sich monatelang Stimmen, die das Urteil als zu hart bezeichneten, und die zum Thron um Gnade riefen. Die Verteidiger rückten an des Königs Majestät ein Gehuch um Mildung der Strafe. Ein Urteil erging nicht. Das Regierungsbürokrat des Kaisers kam heran. Als sicher wurde in weiten Kreisen angenommen, daß unter denen,

die die Wohl des Königs, die Horte des Reichs zu Lindern, empfanden sollten, sich die beiden Hölzer Sternfelds befinden würden. Aber der 16. Juni brachte überhaupt keine Entlastung, die Behörden erhielten nur den Auftrag, die Fülle nachzu machen, in denen Gnade wollten könne. Ein wegen Meineide verurteilter konservativer Gutsbesitzer, ein wegen Duells auf die Festung geschickter junger Adeliger gehörte zu den ersten, von denen man vernahm, daß sie den Vorbedingungen der Amnestie genügten. Andere folgten. Über die beiden Jugendlichen ist noch immer keine Entscheidung ergangen.

Vier Monate ist es her, seitdem das Urteil gefällt und seitdem das Gnadengebot eingereicht wurde. So lange schwieben die beiden nun in der qualvollen Ungewissheit. Man muß sich ihren Zustand ansehen. Mehr als hundert Tage harren sie auf eine Gnade. Und was sind die Tage? Mehr als hundert Nächte haben sie dahingegesetzt. Jeder Tag lädt sie aufzufahren. Kommt man jetzt, um ihnen zu verkünden, daß somit man, um ihnen zu sagen, daß Gnade Gnade ihnen das Leben schenkt: ein Zukunftsleben nur, aber doch ein Leben.

Als in einzelnen Plätzen Kläufe zugunsten der Verurteilten erschienen, regten sich gleich die Freunde der Todesstrafe, setzten über die Verwirrung, über die Sentimentalität des Zeitalters, Verlangen, daß der Gerechtigkeit ihr Lauf gelassen werde! Auge um Auge, Zahn um Zahn! Mit Argumenten sind sie ja reich verlesen von unseren „hervorragenden“ Juristen. Von dem Oberfriesgerichtsrat Elmer u. Gronau, der auf dem Danziger Juristentag vor drei Jahren die Beibehaltung der Todesstrafe als Waffe im Kampf gegen die Mäute des Unfluges forderte, von dem Doktor des Rechts — und nicht minder der Gottseligkeit, Professor Nahl, der bei der gleichen Gelegenheit versicherte, daß er zahlreiche Hinrichtungen begehrte und immer nur das Gefühl gehabt habe, daß hier der Gerechtigkeit Gnade geschehe, von anderen, die den Raupen gegen die Todesstrafe als ein Zeichen des erstarrenden Feminismus bezeichneten, die die Anerkennung der gesetzlichen Tötung durch das Volk etwa für einen Bekämpfer germanischer Weltanschauung hinstellten. Das österreichische Herrenhaus hat vor kurzem einem Gesetzentwurf zugestimmt, der die Todesstrafe zwar nicht abschaffen will, der ihre Anwendung aber dochdrücklich einschränkt, daß es sie nur in ganz bestimmten Fällen (Werk während des Vollangs einer lebenslangen Kerkerstrafe, besonders Grävomord) absolut anordnet. Bei uns triumphiert nach wie vor das mittelalterliche Vergeltungsprinzip in vollem Umfang. Ein Roman der Gerechtigkeit mit dem Leben der beiden jugendlichen Verbrecher ein gewaltiges Ende bereitet werden.

Gut, wie vermögen es durch Proteste kaum zu ändern. Aber wir werfen die Frage auf: gehört das auch zu dieser heitigen Gerechtigkeit, daß man die zum Tode Verurteilten monatelang in der qualvollen Pein der Ungewissheit läßt? Dass man sie ermüdet in diesem Warten auf eine Entscheidung? Man kann es glauben, was jetzt gemeldet wird, daß sich die beiden in dem entsetzlichsten Zustand befinden, der über einen Menschen kommen kann. Der Tod wäre ihnen kaum eine Erlösung. Sie sind hundertmal gemordet worden, bevor sie auf das Schafott geschleppt werden oder bevor ihnen vielleicht die Königliche Gnade verhindert wird.

Gebt diese Barbarei, dieses unmenschliche, widermatige Verbrechen auch in das System deutscher Gerechtigkeit hinein? — Dann suchen wir mit unserer Gerechtigkeit weit unter dem Kulturniveau der grausamen Herden. Und wenn es nicht zum Toten gehört, wie will man dann diese Anwendung der schlimmsten Folterqualen rechtssicher? Der Kaiser reicht in Rostock Denkmüller, verantworteter Volksschul-berichtiger. Aber zwischen Palestrina und Berlin lassen sich Klüpfen und Peitsche in ein paar Minuten austauschen. Hat man die paar Minuten für ein paar arme Burschen nicht übrig? Es heißt das Justizministerium trage die Schuld. Es habe die Sache verschleppt. Ist's wahr, dann dürfte dieser Justizminister in einem Kulturstaat keine Minute länger an seinem Platz bleiben. Wer die Schuld trägt — wir wissen es nicht. Aber wir wissen, daß wir nicht in einem Kulturstaat leben.

Deutsches Reich.

Die Sorge um den Zolltarif. Die „Berliner Politischen Nachrichten“, die vom Reichstagamt geholt zu werden pflegen, bringen einen langen Artikel, in dem sie die bürgerlichen Parteien dringend warnen, sich wegen einer Umländerung des Zolltarifs in die Hohe zu geraten. Einen ganz besonderen Eindruck glaubt man offenbar damit hervorzu rufen zu können, daß man auf den politischen Massenstreit hin-

weist der als Waffe auch im wirtschaftspolitischen Kompromiss einzuwenden finden soll, sei es zum Abbau, sei es zu einer völligen Befreiung des Zollschusses. Mit einer derartigen Gewinnabilität hätte man vor einem Regenium noch nicht zu rechnen, und das sollte denen, die sich den Luxus lebensgefeindlicher Meinungsverschiedenheiten und Zuständigkeiten im Zoll- und handelspolitischen Fragen auch jetzt noch glauben lassen zu können, willkürlich die Augen öffnen für die Forderungen des Tages auf diesem Gebiete. Der Artikel weist weiter darauf hin, daß ein Abbau der Zölle notwendig mit einer starken Belohnung der Reichseinwohner verbunden sein würde. Das Reich nimmt aus den Zöllen allein über 700 Millionen Mark im Jahre ein und für eine Verminderung dieser Einnahmen müßte Ersatz durch Steuern gefunden werden. Unter diesen Umständen an den Reichsfinanzen zu rütteln, würde ein Wagnis bedeuten, für das niemand die Verantwortung übernehmen könnte. Die Regelung solle mehr dazu rechnen, daß es schwer halten wird, die Wuchsziele in der heutigen Weise aufrecht zu erhalten und deshalb das Gesetz der neuen Steuern. Die Sozialdemokratie wird das nicht erhalten können, mit aller Erfolgsbereitschaft die Wuchsziele zu verwirken, selbst auf die Gefahr hin, daß neue Steuern eingeführt werden müssen. Die Steuern würden auf keinen Fall so drastisch wirken können, als wie die Verteilung der notwendigen Lebensmittel der breiten Massen. Sicher ist, daß die Erneuerung des Zolltarifes zu überaus schweren Kämpfen führen wird.

Der gesetzte Reichstag. Unter dem frischen Eindruck des enttäuschten Erfurter Kriegsgerichtsverfahrens hat der Reichstag am letzten Tag vor den Ferien einen Notgesetz zugestimmt, das bei bestimmten militärischen Vergehen mildernde Umstände aufzuheben will. Der Reichskanzler sprach im Bundesrat für dieses Notgesetz eintreten und der Reichstag gab sich damit zufrieden, in der Erwartung, daß das Notgesetz vom Bundesrat ebenfalls vorbehoben werde. Diese Erwartung ist nicht eingetreten, vielmehr wurde die Verabschiebung des Notgesetzes im Bundesrat auf den Herbst vertagt und es noch keineswegs angenommen. Sodann, daß der Bundesrat den Geley zutunmeine wird. Da vom Erfurter Kriegsgericht verurteilten Referenten werden sich nun bereits Anfang August vor dem Oberfriegericht in Koblenz zu verantworten haben und allem Anschein nach wird dieses Gericht an dem Urteil der ersten Instanz nichts ändern. Gewiß bleibt dann noch die Anrufung des Reichsmilitärgerichts; wenn aber dort die Verhandlung stattfindet, ehe der Bundesrat dem Notgesetz zugestimmt hat, dann wird den Verurteilten nicht geholfen werden können, sie werden nach wie vor darauf angewiesen sein, die Gnade des Kaisers anzurufen. Der Reichstag wollte aber mit seiner Zustimmung zu dem Notgesetz, das es sofort bei dem vorliegenden Fall angenommen werde. Höchst der Reichskanzler nicht verstanden, für das Notgesetz einzutreten zu wollen, dann wäre ohne Zweifel der sozialdemokratische Antrag angenommen worden, der die Rulaffung mildernder Umstände bei bestimmten militärischen Vergehen in das Wegeleit hineinsetzen wollte. Die Regierung hätte dann die Wahl geobachtet, entweder sofort zuzustimmen oder die ganze Militärvorlage wieder zu lassen. Doch sie in diesem Fall zu bestimmt hätte, unterliegt keinem Zweifel und die Wohlthaten des Notgesetzes kämen dann den Erfurter Verurteilten ohne weiteres zugute. Der Fall beweist wieder einmal, was auf die Versprechungen der Regierung zu geben ist, und wird hoffentlich für die Zukunft auch für die bürgerlichen Parteien eine Lehre sein.

Wirkungen der Einfuhrsteuere. Wie die Handelskammerberichte von Minden und Detmold über die schädigenden Wirkungen des scheinbaren Systems der Einfuhrsteuere berichten, so auch der Bericht der Handelskammer für die preußische Oberlausitz. In dem Bericht heißt es darüber: „Die Maschinenindustrie und der Handel mit Mühlenfabrikaten klagen wie in den Vorjahren über den durch die Ausfuhrsteuere beeinträchtigte Export von Getreide, so doch im Sommer wegen Mangel an Getreide der Betrieb eingestellt werden müsse.“ Das System der Einfuhrsteuere wird einen schweren Stoß erleiden, sobald Auerland seine Treibung wiederauftaucht, einen Getreidezell einzuführen. Die Einfuhrsteuere sind in Wirklichkeit weiter nichts als eine Ausfuhrsteuere auf Getreide, die von den deutschen Steuerzahler getragen werden muß.

Burkhardt. Die „Deutschen Nachrichten“ bringen einen von gut untersetzter Seite verfaßten Artikel über den bevorstehenden Prozeß gegen eine Anzahl Douauffiziere. In dem Artikel wird verkündet, daß die mahnenden Zeugungen dafür sorgen müssen, daß aus dem Prozeß nicht ein Spottkäfig wird, nach den Blödheiten der sozialdemokratischen Presse wird. Das Gericht werde unbekürt durch das „sozialdemokratische Geschrei“ über die Verteilung von öffentlichen und geheimen Stellungen so befinden, wie es das Staatswoll erfordert. Von irgend welche Abweidung von Bruch aus Liebderkeit für die Demokratie dürfte keine Rede sein. Sollte es sich im Laufe der Verhandlungen herausstellen, daß alles hinter verschloßenen Türen vor sich gehen müsse, so werde man darauf Wert zu legen haben, die Urteilsabgabung so umfassend zu gestalten, daß das Volk darüber nicht im Zweifel bleibe, wie die verschiedenen Vergehen geführt wurden und welcher Art die Verfehlungen waren. Schließlich wird dann bestritten, daß militärische Geheimnisse verraten worden sind, wiewohl die Anklage auf Verrat militärischer Geheimnisse lautet. Das erwähnte Blatt führt dann weiter aus: „In dem vorliegenden Falle aber hat lediglich ein verbitterter Meinungsunterschied zwischen deutschen Reichsbürgern bestanden, die die Sicherheit nicht gehörden konnten. Es hat niemand mehr ein Interesse daran, daß überall Kloster gelöscht, und nichts verbleibt wird, als die Regierung und die Firmen Krantz selbst. Die jetzt schon aufgetretene Streite können also herabdrückt darüber sein, daß man nichts verlieren wird, dem Gebote der Gerechtigkeit Gehilfe zu verstoßen. Wie wir weiterhin erfahren, wird übrigens in der Organisation Gruppe manches neu geregelt werden. Es sind nicht nur

mannigfache Personerveränderungen geplant, sondern auch schon durchgeführt, die begreifen, Vorführmäuse wie die Leichten, im Zukunft aussichtslosen. Hierzu gehört eine verstärkte Auflösung.“ Diese leichten Ausführungen lassen erkennen, wohin der Artikel führt, offenbar entweder von der Firma Grupp selbst oder doch von einer für notwendigen Seite. Wie der Angestellte Grupp, so wird auch eine Anzahl anderer Angestellter als Sündenböcke in die Wüste gejagt; an dem System jedoch wird vermutlich nichts geändert, nur wird nun fälschlich etwas vorstelliger sein.

Der Streit im Zentrumslager. Schreibt die „Berlin Volkszeitung“, wüßt sie dazu einen Kampf auf Leben und Tod zwischen den Berlin-Breslauer und den „Kölner Richtung“ der Katholiken zu. Die parteipolitischen Hintermänner der „Kölnischen Volkszeitung“ leben seit dem Ende des Kardinals A. A. Fischer, ihres Gönners und Beschützers, ihren Glückstagen noch hinter. Ihre Defensivstellung verschlechtert sich von Tag zu Tag. Zuerst erhielten sie in dem neuen Erzbistum Felix v. Hartmann einen getrennten Vogt gegeben. Gleichzeitig machte der andere Felix, Herr Korbin in Trier, mobil und ging zum Sturmangriff vor; aus seinem Munde stammt das Wort: „Es dürfen weder Geld noch Mähen gespart werden, um den für jeden guten Katholiken verdientlichen Einfluß der „Kölnischen Volkszeitung“ zu brechen.“ Als dritte Waffe der Berliner gegen Köln soll der um eine Million Mark angekauft „Volksfreund“ von Kochen dienen. Auch soll abschließend hinen kurzzeitig (fürstens) Diözese des Erzbischofs Köln von der niederdeutschen Kirchenprovinz erobert werden. Von den fünf Bischöfen der Erzbistüme Köln haben damit die Katholiken vier zu Gegnern. Der Konkurrenzkampf wird von den „Berlinern“ mit großen Mitteln begonnen. Fürstbischof Georg Kopp in Breslau verfügt über ein Einkommen von mehreren Hunderttausend Mark im Jahr, das seit anderthalb Jahrzehnten überstaut und glücklich verwaltet zu einem Millionenbetrag angewachsen sein dürfte. Nicht minder bedeutend erweisen sich die Mittel des Grafen Johann von Oppersdorff, des Schlosshauptmanns von Grocholau, und seiner Gemahlin, Prinzessin Dorothea Radziwill von der Linie Szabolcs-Polenecza, der neuerdings durch das Ableben des Grafen O. Walata eine beträchtliche Erbschaft zugefallen ist. Dazu kommen die finanziellen Beziehungen der reichen Familien Lubomirski, Potocki und Windischgrätz, die mit der weitverwandten Familie Radziwill in engsten verwandtschaftlichen Beziehungen stehen, und die stille und nachhaltige Förderung der gegen die „Kölner Richtung“ frontierenden Preßunternehmungen durch den Fürsten Friedrich A. A. Lodzlaus Radziwill von der Linie Antoni d'Olida, Priester der Gesellschaft Jesu, der zu den alten Städten Bartenburg und Jeverberg für seinen Orden auch das Schloß Wymondsbüro in Holland fürstlich erworben bat. An finanziellen Mitteln ist die Berlin-Breslau-Moskau-Trierer-Richtung in der Zentrumspartei, die obendrein über die Riesensummen des Battlans und der Gesellschaft Jesu verfügt, den Altkatholiken weit überlegen, obwohl die Chefs des Verlaßbaus Polens sehr reiche Leute sind.

Die hohen und die zwei Märkte. Die Konservativen haben in ihrem Protest gegen die Wohl-Raummanns bekanntlich u. a. die Behauptung aufgestellt, ein südländlicher Warenhaushalt in Wyoming habe jedem Raumannswähler eine Hohe oder zwei Mark in Aussicht gestellt. Das wurde dann als Stimmkreis charakterisiert. Jetzt aber lädt die in Frage kommende Firma eine gehänselnde Erklärung los, in der es heißt: „Wir haben zunächst diese gängig aus der Luft geprägte Behauptung der Ereignisse ihrer Ueberhebung aufzuhalten. Da aber in den letzten Tagen konservative und antisemitische Zeitungen Gelegenheit genommen haben, die dreiste Erfindung als Tatsache zu bespotten, lehnen wir uns verläßlich, sie öffentlich als eine verleumderische Unwahrheit zu erklären, die jedes Beweisen entbehrt. Da die Ueberheber dieser Angabe, im Wahlkreis es bemerkenswerterweise verabsäumt haben, den Protest mit zu unterschreiben, fordern wir Sie hiermit öffentlich auf, nunmehr unter Namensnung die Behauptung verantwortlich zu wiederholen.“

Die werden sich schon hänen! Nur hat noch nie zu den hervorhebenden Charaktereigenschaften der Antisemiten gehört.

Seltsame Blüten der Jugendpflege. Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht der Bodensee-Dezernent der nationalen Jugendpflege, Stadtrat Eisener, im national-liberalen Amtsblatt von Dienstag folgendes Nostalgie: „Freut euch, die Befreibungen, die Schulentfloßenes Jugend in Vereinen zu kommen, um durch Turnen und Spielen den Körper zu stärken und jugendlichen Frohsinn zu weden oder durch Beliebung der Jugend gelinde geistige Lust zu bereiten. Aber neben guten Früchten dieser jungen Bewegung ist auch viel Unfrucht gewachsen. Habtliche Vereine und sogenannte Jugendclubs sind entstanden, deren Tun und Treiben in keinem Maße bedenklich erscheint. Auch in Bodensee bestehen Dutzende von solchen „Jugendvereinen“, deren Treiben zur Verzerrung und fiktiven Verhöhnung derer beiträgt, die in diesen Vereinen sind oder verkehren. Die Behörden müssen bei der Bekämpfung dieser Klubs und bei der Förderung der gesunden Jugendpflege auf die Mütterung der Eltern und Vormünder reden, die sich keits zu vergewissern haben, was ihren Kindern und Schulpflichtlichen in dem Jugendverein geboten wird.“ Der Stadtrat, der ganz unheimlich in patriotischer Kultur macht und im Überleben der „Sammelung aller nationalen Elemente unter einer Fahne“ alles aufnahm und beginnigte, was sich ihm darbot, hat endlich eingesehen, daß viele Früchte der Treibhausei „Nationale Jugendpflege“ schnell der Haufen ausgeschlagen werden. Doch fei man bisher nicht in der Lage gewesen, die Bekämpfung von Unterstellungen an die Behörden verweilt. Der ehemalige erhielt 2 Jahre Gefängnis und Landesentziehung, der andere ein Jahr Gefängnis. In Spanien sind auf dem Artilleriepolo verbotene Maßnahmen zur Bekämpfung gegen Spione getroffen worden. Als Täter bei dem neuerlichen Diebstahl einer Geschützgranate kommt ein ehemaliger Gewerkschafter in Frage, der seit der Ausdehnung des Palästinafriedens verschwunden ist. Nach einer Verhandlung aus Merito sind festsame amerikanische Männer ermordet und gründlich gefangen genommen. — Die französischen Deputiertenkammer hat das Verbett von Gummisprudelpatrullen minderjährigen Soldaten verboten.

gesetz im Senat ein. Es wurde an die Budget- und Heereskommission verwiesen. — Wie in parlementarischen Reihen verlautet, hat sich der Finanzausschluß des Senats entschlossen, die von der Kammer bei der Bearbeitung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit bewilligten Unterstützungen für die Familieneinnehmer stark zu verringern, da sie eine jährliche Ausgabe von 100 Mill. Francs verursachen würden.

Militärischer Angriff. Während einer anstrengenden Uebung der Besatzung von Pontiers unter dem General Gallieni begannen mehrere Soldaten vom 121. Infanterieregiment zu murksen. Einer von ihnen vergaß sich so weit, daß er vor den Augen seiner Kameraden die Schimpfte beschimpfte. Er wurde von vier Soldaten mit aufgespanntem Seitengewehr ins Gefängnis abgeführt.

Portugal.

Anarchistische Bombenattentate und königliche Verschwörer. Witten in der Stadt wurde auf der Strohe von spielenden Kindern eine Bombe gefunden, durch deren Blasen ein Kind verletzt wurde. Dieses sinnlose verbrecherische Bombenattentat, wobei völlig unschuldige und unpolitische Leute ihr Leben lassen mußten, hat natürlich eine allgemeine Empörung und Verurteilung dieses Treibens hervorgerufen. Die Zeitungen geben dieser Bewegung Ausdruck und daß man einer weit verweiterten Berichterstattung gegen die bürgerliche Rennbahn auf die Spur gekommen sei. Radikale Plättler sprechen die Vermutung an, die Verschwörung sei von anarchistischen Gewerkschaften im Vereine mit königlichen angepeitscht worden. Diese Vermutung erhält durch eine andere Nachricht ihre Bestätigung, nach welcher mehrere Unteroftiziere eines Artillerieregiments verhaftet worden sind.

Agypten.

Selbstverwaltung für das Pharaonenland. Wie eine englische Korrespondenz meldet, soll der jetzt bestehende gegebene Rat und die beratende Rotablenderversammlung in eine gegebene Röhrerherrschafft umgewandelt werden. Diese soll aus den Ministern, 66 Erwählten und 17 ernannten Mitgliedern bestehen. Diese leierten sollen aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, 4 Räten, 3 ordentlichen Bedienern, 2 Konsulenten, 2 Arzten, einem Ingenieur, 2 Vertretern aus dem Erziehungswesen und einem Stadtvorwaltungbeamten bestehen. Die gegebene Versammlung wird Gesetze geben mit Ausnahme solcher, die die Verfassungsfragen betreffen. Das Mandat der erwählten und ernannten Mitglieder wird eine Dauer von je drei Jahren haben; doch wird ein Drittel der Mitglieder alle zwei Jahre zurücktreten. In der Einleitung zu der Verfügung wird erklärt, diese entspringt dem Wunsche, das Land mit einem aufgelösten Regierungssystem zu verleben, das eine gute Verwaltung, Schutz der persönlichen Freiheit und Fortschritt und Entfaltung der Zivilisation sichere.

Chin.

Die Trennung des Südens von dem Norden ist nach einer Wiedung aus Shanghai bereits vollzogen. Die Partei der Südstaaten, Kuomintangspartei genannt, hat in Nanjing eine Regierung eingerichtet. Der Politiker Tien-tschun-Hsien ist Präsident der Republik, Wan-Choo-Wing Premierminister, Kuang-Sing Kriegsminister, Tschen-Chimai Verkehrsminister, Wang-Tschung-Dui Justizminister, Yang-Juan-Lien Unterrichtsminister, Sheng-Ming Finanzminister. — Die Provinzen Anhwei und Fukien haben ihre Unabhängigkeit erklart.

Zong, der entlassene Chef der chinesischen Telegraphenverwaltung in Shanghai, nahm vorgestern abends Besitz vom Centraltelegraphenamt im Namen der südländischen Rebellen. Bald darauf erhielten jedoch die Shanghaier Polizei im Telegraphenraum und warf Zong hinaus. Ein nördlicher Parteimann wurde sofort mit der Verwaltung des Telegraphenamtes betraut.

Die Stothalter der Provinzen Amhang, Numan, Swetschou und Szechuan haben Yuan-chiau ihrer Loyalität verfiebert.

Politische Polizei. Die englische Pressezeichneten Frau Landhurst in am Montag, als sie sich von ihrem Vater in eine Versammlung der Suffragetten begaben, von der Polizei verhaftet worden. Die Polizisten wurden von den Anhängern einer Frau Parkett angegriffen und mußten sich mit ihren Knüppeln einen Weg bahnen zu den Treppen, die die Besatzte nach dem Gefängnis brachte. Von dem Tore des Versammlungslokals kam es zwischen den Suffragetten und der Menge zu heftigen Zusammenstößen. — In Karlsruhe wurden ein Deutscher namens Prüfer und ein Pole namens Bogusz wegen Spionage verurteilt. Der ehemalige erhielt 2 Jahre Gefängnis und Landesentziehung, der andere ein Jahr Gefängnis. In Spanien sind auf dem Artilleriepolo verbotene Maßnahmen zur Bekämpfung gegen Spione getroffen worden. Als Täter bei dem neuerlichen Diebstahl einer Geschützgranate kommt ein ehemaliger Gewerkschafter in Frage, der seit der Ausdehnung des Palästinafriedens verschwunden ist. Nach einer Verhandlung aus Merito sind festsame amerikanische Männer ermordet und gründlich gefangen genommen. — Die französischen Deputiertenkammer hat das Verbett von Gummisprudelpatrullen minderjährigen Soldaten verboten.

Gewerkschaftliches.

Internationale Konferenz der Schneiderorganisationen. Der internationale Sekretär Stichner gab einen interessanten Bericht, in dem er zunächst die Entwicklung der internationalen Verbindung hulderte. Nur ganz langsam nahm die Verbindung die Form, die sie heute hat. Aus dem Begegnen, die Rechte der Mitglieder in den anderen Ländern zu wahren, die Anerkennung der bisherigen Mitgliedschaft durchzuführen, seien Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen worden. Doch fei man bisher nicht in der Lage gewesen, die Garantie von Unterstützungen an die Behörden verheißen. Die Mitglieder einheitlich durchzuführen. Die Verhinderung über die Versammlungen in den einzelnen Ländern an das Sekretariat ist nicht regelmäßig und muß besser sein. Besonders bei größeren Konflikten sollte sofort berichtet werden. Hinzu soll die Internationale bei Konflikten mit dann eingreifen, wenn der Kampf über die Kräfte der eigenen Or-

ganisation geht. Die französische Organisation macht nur langsame Fortschritte. Es wird in Frankreich gegründet, doch viele deutsche und österreichische Kollegen, die nach Frankreich kommen, führt dort der Organisation nicht an. Die englische Zentralorganisation stagniert seit Jahren, sie möchte aus unseren Berichten etwas lernen und ihre Organisation auf andere Grundlage stellen. Sie möchte von einem modernen Geist durchdringen sein. Das Sekretariat hat Fragebogen über die Organisationsverhältnisse ausgespielt. Der Stand von 13 Organisationen, die den Fragebogen beantworteten, betrug am 1. Januar 1912 104.539 Mitglieder. Arbeitskostenunterstützung zahlen von den 13 nur 4 Organisationen: Dänemark, Serbien, Österreich und Ungarn. Krankenunterstützung gewähren: Amerika, Deutschland, Niederlande, Österreich und die Schweiz. Reiseunterstützung zahlen: Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Österreich, Schweiz, Ungarn. — Nach dem Kassenbericht hat das Sekretariat einen Stoffenbestand von 4115,90 Mark.

Lokales.

Rüstringen, 24. Juli.

Leben

Das Recht auf Leben ist das erste, ursprünglichste aller Rechte, die uns die Natur gegeben hat. Das mag zunächst selbstverständlich erscheinen. Ein Blick auf die reale Weltlichkeit lehrt uns aber eines anderen. Stimmt man sich etwa ein, dass das Recht auf Leben bei jenen Ungläubigen, die Willkür und Verehrung vom rechten Wege abgeführt haben, und die ihr im tiefsten Grunde unfreiwilliges, eben durch Willkür und Verehrung aufgewungenes Leben mit dem Tode büßen müssen, mit dem Tode aus Gottes Hand? Die vorbereitete kapitalistische Kultur raubt ihnen dieses Recht auf Leben. Aus niedrigen Motiven heraus möcht sich der kapitalistische Staat das Recht dazu an.

Und ob den anderen, den "Guten", ihr Recht auf Leben gewährt wird? — Auch hier spricht unsere sozialistische Kultur allein natürlichen, tiefer stofflichen Bedürfnissen Hohn. Sie lädt den Menschen zwar ihr Recht auf Dasein, aber sie zieht ihnen das zu nehmen, was das Leben im Dasein ausmacht, sie zieht ihnen all ihre ursprünglichen Persönlichkeitswerte zu rauschen und sie zu Werkzeugen zu machen, die sich willenslos gebrauchen lassen für die Erhaltung kapitalistischer Ordnung. Der Drang nach Unabhängigkeit und Freiheit, der Trieb, durch freies Wort und freie Tat den Fortschritt zu fördern, das Verlangen, durch freie Aufführungs- und Bildungsarbeit dem Ganzen zu dienen, all diese hohen Werte, die das Dasein erst zum Leben machen, zum freischen frohen Leben, die sucht man zu unterdrücken, wo es nur geht.

Wie lächlich muß es mit dem Glaube bestellt sein, der solch unnatürliche, unfristliche Mittel nötig hat, seine Erringen zu wahren. Es sind die letzten Verluste, den alten, mortalen Bau zu erhalten, die letzten Zugungen des sterbenden Nielen Kapitals. Es graut ein neuer Tag. Höher und höher steigt der rote Sonnenball sozialistische Kultur. Leben auf Erden zu werden, echtes, ursprüngliches, lebendes Leben, Staat und Volk werden identische Begriffe, die Produktion gilt nur dem Ganzen, und damit fällt der Zwang zum Dienst weniger. Jeder Mann sprechen, wie es ihm im Interesse des Ganzen gut scheint, jeder Mann handeln, wie es seinen innersten Dingen entspricht, kurz: jeder kann im edelsten Sinne des Wortes leben.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Rüstringen-Bilhelmshaven hält am Sonnabend den 26. Juli, abends 8½ Uhr, im "Tivoli" eine Verkündigung ab. Die Tagesordnung enthält: Bericht vom Bezirksvorsteher; Neuwahlen; Der Parteitag in Jena und Aufstellung von Kandidaten. Die Parteigenossen und Genossen werden erinnert, vollständig zu erscheinen.

"Den rechten Kampf gegen die Sozialdemokratie" predigt in der gestern erschienenen Nummer der "Bil. Blg." ein mit R. R. gesetzter Artikel. Das in ihm gesagte steht vorteilhaft vor dem, was wir sonst von "Bestrafung" von bürgerlicher Seite gewöhnt sind. Bei den Verhandlungen kommt der Verfasser des Artikels in dem Schluss, daß die bürgerliche Gesellschaft allen Anschluß habe, zunächst einmal vor der eigenen Türe zu feiern und sich allerlei abgewinnen müsse, wo jetzt die Sozialdemokratie mit aller Stärke angreifen könnte. Der Verfasser meint u. a.:

"Schämen wir ein die Bierlägererei durch Polizei und Behörden, schaffen wir ab das Alkoholverbot, die Prohibition, die Bewegung von Gewerbe- und Geldabteil, unterbinden wir die Subsistenzversicherung, den Lebenszucker, heben wir auf die Monopole und Privilegien einzelner, enthalten wir uns des ellen Augustinismus, des Kurzkapitalismus . . ."

Werfer könnten auch wir die bürgerliche Kaste nicht charakterisieren und wenn der Kampf gegen die Sozialdemokratie diese Folgen zeitigt, dann können wir Sozialdemokratie damit zufrieden sein. Aber der Mann wird nicht viel Verständnis finden in seinen eigenen Reihen mit seinen Vorstellungen. Er wird vielmehr darauf bald den Einwohnern hören: Das will ja auch alles die Sozialdemokratie! Ein treffendes Wort der Kritik findet der "rechte Kämpfer gegen die Sozialdemokratie" auch gegen die bürgerliche Presse mit ihren Berichten über Staat und Gesellschaftseinheiten und so weiter. Wenn der Sozialdemokratie Begehrlichkeit vorgeworfen werde, heißt es in dem Artikel ferner, so ist das nur Schuß des Bürgertums mit seinem immer mehr sich steigernden Unrat und der ins rostige liegenden Neinhause. Nun sieht, der Artikelschreiber kennt den Gegenwartstaat sehr gut und wenn er nun vorschlägt, die schlimmsten Auswirkungen zu befehligen, so zeigt das sehr deutlich, wie falsch die Sozialdemokratie auf ihn eingemessen hat. Mit solchen Gegnern will die Sozialdemokratie gern streiten, aber der Mann wird bald einfühlen müssen, daß er bei der Reform der bürgerlichen Gesellschaft einen ehrlichen Bei-

stand gerade in der Partei findet, der kein "rechter Kampf" gelten soll, während er bei den eigenen Klassegenossen gelten sollte, während er bei den eigenen Klassegenossen gelten sollte.

Vor einem Automobil überfahren wurde heute vormittag gegen 11 Uhr an der Kreuzung Wittenbergh- und Wörnstraße ein Kind. Der Insasse des Kraftwagens, ein Arzt, nahm sich sofort des überfahrenen Kindes an, das erfreulicherweise keine erheblichen Verletzungen davongetragen hat.

Kartoffeldiebstahl. Auf einem Kartoffelacker in der Nähe des Stadtteils Siebenbürgen wurden in der letzten Nacht ungefähr ein Zentner Kartoffeln entnommen und entwendet. Den Fußspuren nach zu urteilen haben zwei Personen den Diebstahl ausgeführt.

Kahrradbiehähle. Am Sonntag nachmittag zwischen 6 und 7 Uhr wurde am Bonner Hofen ein Herrenkahrad, Marke "Mars", gestohlen und gestern nacht in der Grenzstraße ein Damenkahrad, Marke "Presto", Nr. 229 577. Von den Tätern fehlt jede Spur. Den Besitzern von Fahrrädern kann nur immer wieder dringend empfohlen werden, schließlich die Räder an!

Der neugegründete Arbeiter-Vanderbund veranstaltet am 10. August d. J. gemeinsam mit der Oldenburger Arbeitsgruppe eine Wandschau nach Scholt, Oehlhorst, Weitersiede und Boisheimnahm. Die Führer sind Müller-Oldenburg und Schulz-Müllers. Wir machen schon heute auf den jedenfalls sehr empfehlenswerten Ausflug aufmerksam, zu dem Wandschauende bestens willkommen sind.

Theater-Varieté Adler. Das Schmidtsche Ensemble verliest in zwölftelos geschichteter Weise sich das zum Monatsabschluß volle Häuler zu hören. In dieser Linie ist das daraus zurückzuführen, daß bei jedem Programmwechsel eine weitere Steigerung der ohnehin guten Leistungen eingesetzt. Die letzten Triumphe spielte das Ensemble vergangenen abend mit den zwei zweifelhaften Burlesken "Hoppa, Mama sieht ja nicht" und "Der Mann meiner Frau" aus; damit setzte es seinen bisherigen Erfolgen gewissermaßen die Krone auf. Karl Schmidt dor in der Situationskomödie wieder vorzügliches und in den die sein Talent geschickten Stücken kommt er ungemein vollauf zur Geltung. Besonders ist wieder die ungemein reiche Handlung auf, die die beiden Burlesken auszeichnet und an der mancher unserer neuesten Lustspielbeschreiber sich ein Beispiel nehmen könnte. Dabei ist der Inhalt der Schmidtschen Szenen streng dezent. Alles Zotenfeste ist verdampft. Der gebotene Humor unruhig und sommig und bei mancher Grobheit gefund und nicht verleidig. Dass solche Leistungen noch immer am besten ansprechen beim Publikum zeigt der stets zahlreiche Besuch, der nicht einmal durch die fortgeschrittenen Jahreszeit merklich beeinträchtigt wird, und der hümrische Besuch, mit dem die Darsteller belohnt werden die heiteren Stunden, die ihr prächtiges Spiel bietet.

Bilhelmshaven, 24. Juli.

Abgenommene Quittungskarten. In den amtlichen Nachrichten der Landesversicherungsanstalt Hannover heißt es: Auch im Jahre 1912 ist von den Kontrollbeamten eine erhebliche Anzahl Quittungskarten, 2853 Stück, abgenommen, deren Inhaber die Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Versicherung abgelehnt haben. Zur Abgabe gelangten die Quittungskarten trotz vorheriger sehr erheblicher Weittracht. Die Karriere auf die Zwischenstände war bei diesen Karten fast durchweg erfüllt und hätte mit geringen Opfern aufrecht erhalten werden können; denn es befanden sich unter ihnen 588 Karten Nr. 4, 137 Nr. 5, 412 Nr. 6, 321 Nr. 7, 255 Nr. 8, 213 Nr. 9, 133 Nr. 10, 104 Nr. 11, 78 Nr. 12, 35 Nr. 13, 42 Nr. 14, 15 Nr. 15, 13 Nr. 16, 3 Nr. 17 und 1 Nr. 18. Die erheblichen Vorteile, welche die Invaliden- und Unterbleibenderversicherung für den Fall des Alters, der Erkrankung, der Erwerbsunfähigkeit und des Todes den Versicherten und ihren Angehörigen bietet, macht es ersteren zur erheblichen Pflicht, die begonnene Versicherung aufrecht zu erhalten oder wieder aufzunehmen. — Dieser Mahnung möchten wir uns ganz besonders anschließen.

Telegraphisch in die Heimat berufen. Mehrere rumänische Schiffe zur See, die als Seefahrten vor einigen Jahren in die deutsche Marine eingetreten waren, um hier ihre kriegerische Ausbildung zu erhalten, sind telegraphisch in ihre Heimat zurückgekehrt und haben sich bereits dorthin gegeben. Von den leis jungen Booten waren drei im Frühjahr 1910, einer ein Jahr später und zwei im Frühjahr 1912 in die Marine eingestellt worden. Während die beiden jüngeren noch die Marineschule besuchten, waren die drei älteren bereits an Bord eingeschiff, und zwar an Bord des Panzerkreuzers "Wolfsburg", des Turbinenkreuzers "Mainz" und des Artilleriekreuzers "Danzig". Der letzte endlich nahm zurzeit am Artilleriekursus des Jahrganges 1911 teil.

Patenstchan. (Mitgeteilt vom Patentbüro Johanneshof, Berlin NO. 18, Große Frankfurter Straße 10.)

Wilhelm Döggemann, Oldenburg i. Gr., Radorferstraße 22:

Schauben-Berntalor und Vandell. (S.W.) — Waldemar Bieck, Delmenhorst: Strangpreß für Ton u. gl. mit im Innern des Preßmantels zur Verhüllung des Mündungs- und Rückstauung des Preßgutes befindlichen Rippen. (Anmeldetes Patent.) — Albert Orth, Bilhelmshaven: Vinoil. (S.W.)

Im Kundenbüro des Polizeidienstgebäudes, Wallstraße 2, Zimmer 19, wurde eine Wagenrippe als gefunden angegeben.

aus aller Welt.

Über die schreckliche Brandkatastrophe in Amerika wird noch aus New York berichtet: Eine furchtbare Brandkatastrophe ähnlich der vor 2 Jahren bei dem bengalen Triangle-Unternehmen ereignete sich bei der Kinghampton-Clothing Co. in Kinghampton (State New York). Dort waren 130 oder mehr Mädchen am arbeiten, sofort zu lodender Flammen entstand, daß die alle Fenster aufstanden, sofort zu lodender Flammen entstand, die erschrocken Mädchen eilten zu den

Feuerlöschern. Manche sprangen aus dem dritten oder vierten Stock auf die Straße. Andere verbrennen oder wurden von den einstürzenden Mauern erschlagen. Man glaubt, daß insgesamt 40 Mädchen den Tod gefunden haben. Bis jetzt hat man 20 Leichen gefunden. 40 Mädchen sind schwer verletzt in den Spitäler untergebracht worden. Schreckliche Aufzüge spielen sich auf den Treppen des brennenden Hauses ab, wo die Unglückslichen weder vor noch rückwärts kommen. Das Gebäude war gleichermaßen alt und für Fabrikzwecke nicht geeignet.

Alte Tageschronik. Bei einem Gewitter in der Umgebung von Warburg ist der 15jährige Sohn eines Professors vom Blitz erschlagen worden. — Ein tödlicher Gasunfall ereignete sich in Bürgfeld bei Stade. Durch Selbstentzündung des Gummis deang den 25jährigen Schuhmacher Schulz, der Entzünden wollte, eine Gasleitung zerstört in die Frist, die ihn tot niederkreiste. — In der italienischen Volksfabrik zu Anguileme stand eine Explosionskatastrophe, bei der fünf Arbeitnehmer schwer verletzt wurden. Eine ähnliche Explosion hat gefeuert in der österreichischen Munitionsfabrik zu Möllersdorf. Rattenfunden. Keiner ist getötet. Das Gebäude ist schwer beschädigt. — Bei Lindine in der Bombardierung ist ein österreichischer Zeppelinabwurf, der über die Alpen geflogen ist, gelandet. Die Angriffe, vier Zeppeline, wurden verhindert, der Ballon beschädigt. — Bei Palermo steht ein Hotel namens Salero seines Sohnes erneut, weil es seiner Wiederherstellung im Wege stand. Seiner Wiederherstellung steht es hoch und hoch einen Betthaken nieder. — Die beiden Hölle steht in Schleiden 311 und Rhein, haben einen sehr hohen Wasserstand infolge der Regenfälle. Der Bodensee ist im Steigen und steht in Nordrhein die Hallen des Rennbaumes überflutet. Im Hafen von Delfzijl sind zwei Boote, der eine dem Bremer Damper Ulysses, der andere dem Hamburger Damper Occident zugelaufen, von Nord gesunken und ertrunken. Bis man die beiden Boote fand, hielten sie sich fest umklammert. — Auf der Dänischen Heide wurde in einer der leichten Räthe eine Minenräumaktion von drei Personen niedergeschlagen. Drei schwerverletzte Soldaten konnten sie aber nicht das Gewehr entziehen. Die Angreifer entflohen, als auf die Hörner des Soldaten eine Patrone nahte. — In dem französischen Dorf Mazac tödete der Gasthof Patron, der seine Tochter nach einem Wortschlag durch mehrere Messerstiche verletzt hatte, sich und sein in einem Kerker ruhendes acht Monate altes Söchlein, indem er sie eine Dynamitpatrone in den Mund stieß. — In Nancy sind 12 deutsche Defektoren aus Elsaß-Lothringen erschienen, die trotz aller Warnungen in die Fremdenlegion eintreten wollen.

Neueste Nachrichten.

Hannover, 24. Juli. Der Flieger Detour hat heute früh kurz nach fünf Uhr mit seiner Begleiterin, einer russischen Fliegerin, den Weiterflug nach Paris unternommen.

Thorn, 24. Juli. Das Kriegsgericht zu Thorn verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Unteroffizier Otto Theodor Emil Tiey vom 21. Infanterie-Regiment wegen vollenkenden und versuchten Verbrechens gegen das Reichsgefecht über den Vertrag militärischer Geheimnisse, wegen Bahnenschlund, militärischen Diebstahls, Betruges, Preisgabe von Dienstgeheimnissen und vorschriftwidriger Verhandlung Untergebener zu acht Jahren Zuchthaus, fests Jahren Chorvolut, Ausstößung aus dem Heere, Degradation und Verbrennung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Christiania, 24. Juli. Das Storting hat beschlossen, daß 12 Millionen Kronen, die für die Flottenerweiterung bewilligt sind, durch eine direkte Steuer, und zwar durch Erhöhung der Steuerfeste für Vermögen über 10.000 Kr. aufzubringen.

Charbin, 24. Juli. Aufstand hat an die chinesische Regierung die Forderung gestellt, ihre bei Peking gegen die abströmenden Mongolen zusammengezogenen Truppen zu vertreiben. Chinas Weigerung werde ein schwereres Vor gehen auf Russlands zur Folge haben.

Sofia, 24. Juli. Von den Serben und Griechen werden zahllose Schreenskates verübt. Bei den Kämpfen mit den Griechen wurden viele bulgarische Soldaten durch Dumdamgeschosse verwundet.

Konstantinopel, 24. Juli. In einem Telegramm an den Großwesir verlangt Bulgarien, daß die türkischen Truppen an die durch den Londoner Friedensvertrag bestimmten Grenzen zurückkehren. Die Worte wird darauf antworten, daß sie den Londoner Friedensvertrag als hinlänglich betrachten.

Saloniki, 24. Juli. Nach mehrzägigen blutigen Ringen haben die Griechen den Strimonopäh und den Gebirgszug des Manessi gegen die Bulgaren erzwungen. Die auf dem Rückzugsfeld befindlichen Bulgaren sollen in alle Brunnens Cholerakranke geworfen haben. Den griechischen Truppen ist die Besetzung der Brunnens unterlegt.

Newark, 24. Juli. Präsident Huerta von Mexiko zieht das Militär aus den Nordstaaten zurück. Gleichzeitig schickt er den letzten ernsthaften Wettbewerber um die Präsidentschaft, de la Barra, als Sondergesandten nach Italien.

Calcutta, 24. Juli. Hier regen sich die Mohammedaner zugunsten der Briten. Die dortige Zeitung Englishman sagt: Jeder Besuch Großbritanniens, die Täte zum Vergleich auf ihre neuen Wände zu zwingen, werde schwere Erregung und Agitation unter den Mohammedanern verursachen.

Wetterbericht für den 25. Juli.

Schwache, heilige Winde, vielfach heiter, ziemlich warm, trocken.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Hünlich. — Verlag von Paul Hug, Notationsdruck von Paul Hug u. Co. in Rüstringen.

Hierzu eine Beilage.



Geschäfts-Eröffnung.

Habe an der Fortifikationsstraße 81 in Neuengroden in der Nähe des Schießstandes ein
Kolonial- und Gettwaren-Geschäft
eöffnet und hoffe mich den gebräten Bewohnern bestens empfohlen.
Franz Gertt. Huischen, Fortifikationsstraße 81.

Biochemischer Verein Heppens.

Sonntag den 27. Juli, nachm. 4 Uhr:

Grosses Sommer - Fest

im Garten des Seemannshauses.

Für Belustigungen aller Art für Erwachsene und Kinder ist bestens gesorgt. Bei schlechtem Wetter findet das Fest im Saale statt. — Hierzu sind die Mitglieder freundlich eingeladen.

Der Vorstand.

Großes Werbe- u. Agitationsfest

des VIII. Bezirks
des Internat. Guttempler-Ordens
verbunden mit

Fahnen-Weihe in Varel

Etablissement „Tivoli“.

Am 26. Juli, abends 8½ Uhr: Bunter Abend.
Am 27. Juli, nachmittags 2 Uhr: Fahnenweihe, Festzug und grosses Marine-Militär-Konzert.
Abends: Festball im Hof von Oldenburg.

Hierzu laden freundlich ein
Der Festausschuss.

Freibank

am Schlachthof.
Frei ab vormittag 7 Uhr
Wurst-Verkauf
Schlachthof-Direktion.
Spring.

Immobil-Verkauf.

Sonnt. Letzter Termin zum Verlauf des dem Herrn Heinrich A. Janzen gehörenden, zu Sandeneckfeld an der Hauptstraße, gänzlich belegenen.

Ein Familienhaus

mit Obst- und Gemüsegarten ist angelegt auf

Dienstag, 29. Juli d. J.,
abends 7 Uhr,
im Buch-Gathaus in Sande,
wohl Viehhändler eingeladen sind.

Joh. Gädeken, Sande
Wurstmeister.

Frucht-Verkauf.

Gengwarden. Herr Landwirt Theodor Thommen zu Fedderwarden groden 150t.

Dienstag den 29. d. M.,
nachm. 3 Uhr auf,

öffentlicht militärliebend auf halbjähriges Jahrmarktstest verkaufen:

21 Gräfen Probstteier-

und Siegeshäuser

15 Gräfen beste Nach-

weide.

Kaufleute werden eingeladen und gebeten, sich bei den Handels zu versammeln.

Friedr. Ahl.

Fahrradhaus „Frisch auf“,
Offenbach a. M.

Bezirks-Verkaufsstelle
für Oldenburg - Ostfriesland

Auringen, Wehrstraße 70,
— bei **Fritz Droske** —

empfiehlt allen radfahrenden Ge-
nossen, Bürgern und Arbeitern
sehr Lager in

Fahrrädern, Fahrradschinen,
sowie allem Zubehör.

Eigene Einzelverkaufsstätte —

und Reparaturwerkstatt.

Große Preise. Uprichtige Belieferung.

Einswarden.

Zu vermieten

auf sofort oder später eine vier-
räumige Überwohnung.
Johann Kaffen, Wurstverkäufer,
Wehrstraße.

Ihr erster Gedanke

beim Einkauf guter Schuhwaren sei

Walküren-Stiefel.

Derselbe bietet Gewähr für beste Qualität, grösste
Haltbarkeit und Eleganz.

Trost & Wehlau, Schuhmacherstr.

Rüstringen, Wilhelmsh. Strasse 70. — Wilhelmshaven, Bismarckstr. 95.

Sozialdemokr. Wahlverein Rüstringen-Wilh.

Sonnabend den 26. Juli, abends 8.30 Uhr,
im Tivoli, Sabewasser:

Partei-Versammlung**Tages-Ordnung:**

1. Bericht vom Bezirksparteitag.
2. Neuwahlen.
3. Der Parteitag in Jena und Aufführung von Kandidaten zu demselben.
4. Verschiedenes.

Die Parteigenossen werden eracht, pünktlich zu erscheinen, da die Versammlung pünktlich 8.30 Uhr öffnet wird.

— Eintritt nur gegen Legitimation.

Der Parteivorstand.**Zurückgekehrt**

Dr. Bruder.

Varieté THEATER ADLER

Heute und folgende Tage:

Der Gipfel der Situations-Komik!

Hoppa, Mama sieht's ja nicht

Burleske in 2 Akten und

Der Mann meiner Frau

Burleske-Schwan in 2 Akten, mit Schmiss in den Hauptrollen

und beschreiblicher Lacherfolg.

General-Versammlung

der Gemeinnützigen Hypo-

thesen-Sicherungs-Gesell-

schaft, e. G. m. b. H. in

Wilhelmshaven

am Dienstag, den 29. Juli d. J.,

abends 8.30 Uhr,

im Hotel „Deutsches Haus“, Wallstraße.

Tagesordnung:

1. Änderung der Satzung.
2. Geschäftsaufordnung.
3. Sicherungsbedingungen.
4. Verschiedenes.

Gemeinnützige Hypotheken-Sicherungs-Ges., e. G. m. b. H.

Der Vorstand. Schröder.

Allgemeine Ortsstraßen-

feste des Amtsverbandes

Amt Oldenburg.

Als Rassenarzt tritt mit dem

1. August d. J. auf seinen

Wunsch zurück

Herr Dr. Reiff.

Der Vorstand. W. Kleen.

Verband der Maler

Delmenhorst.

Sonntag den 27. Juli 1913,

in Sudmanns Hotel:

Großer Ball.

Anfang 6 Uhr abends.

Karten im Vorverkauf für Herren

75 Pf., an der Kasse 1 Mark.

Damenkarte 25 Pf.

Zu zahlreichem Besuch lädt ein

Das Komitee.

Wer gute Grundrechte

Zucht- und Schlafanständen

täuschen oder verlaufen will, wende

sich an untere An- und Verkaufs-

anstalten, Oststraße 11.

Kauhengesücht - Verein

Delmenhorst v. Umgegend.

Unsere nächste Versammlung

findet Sonnabend den 26. Juli,

abends 9 Uhr, in der Harmonie

statt, zu deren Besuch jedermann

eingeladen wird.

Ausgelämmte Haare

faulen jetzt jederzeit

Max Gröschel, Friseur,

Ritterstr. 16, neb. Café Wilhelma.

Bürgerverein Neuende.

Nachruf!

Am Dienstag den 22. Juli

verstarb unter langjähriges

Mitglied, Herr

Heinr. Müller

Der Verein wird seiner Stets

in Ehren gedachten.

Der Vorstand.

Pulze mit Henkels Bleich-Soda

Billig zu verkaufen

1. Schlosshimer, 1. Berlin,

Spiegel, Tisch und Stühle,

Wellumstraße 13, 2 Tr. r.

Verein d. Werkzimmerer

Tonnabend den 26. Juli,

abends 8¼ Uhr:

Versammlung

im Vereinslokal.

Um zahlreichen Besuchern er-

sucht Der Vorstand.

Bürgerverein Neuende.

Tonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr:

Versammlung

bei Schling, Rockfabrik in

Neuengroden. Der Vorstand.

M.-L.-B.

Vorwürfe

Müllringen.

Tonnabend den 25. Juli,

abends 8½ Uhr:

Monats-Versammlung

Freitag den 25. Juli,

abends 8½ Uhr,

Wichtige Versprechung

des Kuratoriums und Komitees

Der Turnrat.

General-Versammlung

der Gemeinnützigen Hypo-

thesen-Sicherungs-Gesell-

schaft, e. G. m. b. H. in

Wilhelmshaven

am Dienstag, den 29. Juli.,

abends 8.30 Uhr,

im Hotel „Deutsches Haus“, Wallstraße.

Tagesordnung:

1. Änderung der Satzung.
2. Geschäftsaufordnung.
3. Sicherungsbedingungen.
4. Verschiedenes.

Gemeinnützige Hypotheken-Sicherungs-Ges., e. G. m. b. H.

Der Vorstand. Schröder.

Beilage.
27. Jahrg. Nr. 172.

Norddeutsches Volksblatt

Freitag
den 25. Juli 1913.

Eine Tragödie der Fürsorgeerziehung.

Vor einiger Zeit berichtete die Presse, daß einem jugendlichen Arbeiter die preußische Zwangsfürsorge angedroht worden war, weil er es gewagt hatte, einem Arbeitertum zu beitreten. So standeslos der Fall war, hatte er doch immer noch einen Stich ins Tropfomische. Das Gericht lehnte es nämlich ab, dem Jungen die Verpflichtung abzufordern, daß er einem konfessionellen Junglingverein beitrete. Das hatte der Vormund nämlich verlangt, obwohl die Schwester des jungen Arbeiters trotz Mitgliedschaft im Jungfrauenverein vor der Fürsorgeerziehung nicht bewahrt werden konnte!

Ein anderer Fall aus der Praxis des Fürsorgegewesens, viel trauriger als der obige, wird demnächst das Dortmunder Landgericht beschließen. Wir haben es hierbei mit einer Tragödie aus dem Arbeiterleben zu tun, wie sie dramatischer kein Dichter ersinnen könnte. Felix Veer aus Unna hatte im Jahre 1911, als er noch nicht strafmündig war, 7 Mark bares Geld, eine Stravatte, einen Krägenhoner, ein Halstuch und eine Brieftasche entwendet. Auf Antrag des Magistrats von Unna wurde das Verloben auf Unterbringung in Fürsorge gegen ihn eingeleitet, das am 15. Juni 1912 auf 6 Monate angekündigt wurde. Der Unternehmer, der P. damals beschäftigte, war der Ansicht, daß dieser noch zu bestimmen sei. Neben ein Vierteljahr war er hier zu aller Zufriedenheit tätig. Weil aber die Händler durch einige Kollegen nicht pasteten, ging er dann zu einem Fabrikanten. Bald befürchtete ihn dieser, einige Feindseligkeiten mutwillig verübt zu haben. Der Junge bestritt das auf das Entschiedene. Ein Mitarbeiter bestätigte, daß die Scheiben schon vorher zerbrochen waren. P. verließ diesen Arbeitsplatz und wurde Lautschrift bei einem Kaufmann, dessen unerschöpfliches Vertrauen er sich erhoffte. Er hatte hier Geld in größeren Summen von der Bank zu holen und nach dort zu bringen, und nie mißbrauchte er das in ihm gesetzte Vertrauen.

Ansprüchen war aber wegen der ruhenden Abholfrage das Befolgen gegen ihn wieder aufgenommen worden und am 13. Februar beschloß das Amtsgericht in Unna die Verfügung der Fürsorgeerziehung. Es heißt die Bekämpfungen des Fabrikanten für unwirksam und begründete das Urteil weiter wie folgt:

"Auch spricht es im Verlehe mit seinem Arbeitskollegen fast viel von der Sozialdemokratie und hat erklärt, daß er dem Sozialdemokratischen Verbände beitreten wolle. Die Eltern haben sie die Mutter, den Sohn von seinen schlechten Handlungen zurückgezogen. Mit Rücksicht auf die Staatsanwaltschaft und die übrigen Lebensverhältnisse des J. P. erscheint daher seine Fürsorgeerziehung zur Sicherung weiterer sittlicher Verweltlung erforderlich."

Hier wurde also klipp und klar ausgesprochen, daß der Beitritt zum "Sozialdemokratischen Verbande" (soll wohl heißen: einer Gewerkschaft) eine "schlechte Handlung" sei. Der Hinweis auf die "übriegen Lebensverhältnisse" wird verständlich, wenn man weiß, daß der Vater zur Sozialdemokratie gehört. Dieser war über das Urteil ganz untröstlich, er legte sofortige Bekämpfung ein und gab darin die Meinung Ausdruck, daß seine politische Anhängerin auf das Urteil bestimmend gewesen sei. Das ließ das

Berufungsgericht, das von der öffentlichen Kritik des ersten Urteils sicher Kenntnis hatte, aber nicht geltend, wie es auch bestreit, daß in dem zitierten Satz ein Urteil über den litthischen Wert der Sozialdemokratie enthalten sei. Im übrigen wies es die Behauptung ab. Es blieb also bei der Fürsorge. Der verzweifelte Vater ging nach dem Urteil und suchte sich eine Stugel in den Kopf. Er wollte die Schande nicht überleben. Der Sohn aber machte fort, obwohl seine Mutter noch einen letzten Witzgang zum Bürgermeister unternahm. Die preußische Fürsorgeerziehung ist eine Familie völlig auseinander, nahm ihr den Eltern und ihren Sohn, der eben so weit war, daß er zum Unterhalt beitragen konnte.

Die "Arbeiter-Zeitung" in Dortmund, die diesen Rückschlag seinem "arbeiterfreundlichen" Leben noch gewidmet bat, soll nun den Amtesrichter beleidigt haben, der das erste Urteil fallte. Die Anklage ist erhoben und der Termin angezeigt. Das Gericht hat aber nicht nach § 185 (Behauptung untreuer Zeugen) geklagt, sondern es flammt sich an einige angebliche Formalbeleidigungen, wie "Tendenzurteil", "entweder Richterpruch" u. a. Es will anscheinend verhindern, daß der Sozialbericht noch einmal aufgerufen wird. Ob der angeklagte Redakteur verurteilt wird oder nicht, über den Fall selbst kann es nur eine Meinung geben. Er wird weiteren Kreisen die Augen öffnen über das ehemalige System der Zwangsfürsorge.

Der Balkanrieg.

Es bestätigt sich endgültig, daß die Türken unter Enver Bey in Konstantinopel eingezogen sind. Sie hatten mit den bulgarischen Truppen einen kurzen Kampf zu bestehen. Die Bulgaren hatten vorher die Munitionslager und einige Regierungsbüros in die Luft gesprengt.

Die Türken haben auch gleich einen Gouverneur mitgebracht, densen also in allem Ernst oder richtiger in bewunderungswürdiger Seelenruhe nicht daran, daß sie wieder herausgeholt werden könnten auf Grund des von ihnen unterschriebenen Friedensvertrages.

Die russische Regierung soll in Konstantinopel auch bereits angekündigt haben, ent sprechend der Warnung des englischen Premierministers, die türkische Provinz Armenien zu besetzen wegen der Nichtigkeit der Londoner Abmachungen.

Zu der Herstellung des Londoner Friedensvertrages handelt die Türkei, wie es scheint, im vollen Einverständnis mit Serbien und Griechenland, dieven der gemeinsame Gegner Bulgarien den Schaden davon hat.

Aus Konstantinopel wird nämlich gemeldet, daß zwischen der Türkei, Serbien und Griechenland über ein neues Friedensprotokoll verhandelt werde. Es heißt in der Wiedergabe:

Das Dokument, dessen Benennung noch nicht entschieden ist, wird hauptsächlich die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen festsetzen und die Wiederherstellung des Friedens in sich schließen, ohne andere Einzelheiten zu enthalten, die später geregelt werden sollen. Der Londoner Präliminarvertrag wird, ohne im Prinzip aufzugeben zu werden, infolge der durch die Besetzung Konstantinopels geschaffenen Lage und unter den in der letzten türkischen Bulvarrede ent-

wideten Gesichtspunkten als nicht bestehend angeschaut.

Die Verständigung zwischen Rumäniens und Bulgarien scheint sich zu vollziehen. Aus Sofia wird gemeldet: Die eingetroffene Antwort der rumänischen Regierung auf das Friedensgebot Bulgariens beläuft, daß die rumänischen Botschaften an jenen Punkten aufgehoben würden, wo sie vorgestern eingetroffen waren. Die Antwort macht einen süßigen Eindruck. Die Regierung hofft, daß eine Verständigung mit Rumäniens in frischer Freiheit zustande kommen werde.

Die Friedensverhandlungen werden nicht in Rücksicht auf den entsprechend dem Verlangen Rumäniens auf rumänischem Boden geführt.

Rußland bereitet eine Mobilisierung seiner in Südrussland stehenden Truppen vor. Aus Odessa wird nämlich gemeldet: Die Verwaltung der kaukasischen Bahn und der Donaubahn haben von der russischen Regierung die Befreiung erhalten, Linien und Material bis auf weiteres zur aussichtsreichen Verfüzung der militärischen Verbündeten zu halten. Das Material soll für die Förderung von Truppen verwendet werden. Weiter wird gemeldet, daß drei Divisionen der Rautsatz-Armee an der anatolischen Grenze zusammengezogen werden seien.

Über die Stellung der Mächte, besonders Österreich und Russlands, zu dem Vorgehen der Türkei, schreibt die "Allg. Sta." in Wien auf eine Notiz, nach welcher Österreich an einem gemeinsamen Protokoll der Botschafter in Konstantinopel wegen der Belagerung Konstantinopels sich nicht beteiligen will, wie folgt: Der Österreichisch-Ungarische Botschafter in Konstantinopel hat in der vorigen Woche ebenso wie die Botschafter der anderen Großmächte bei der Porte Schritte unternommen, um Vorstellungen bei der türkischen Regierung gegen den Vormarsch der türkischen Armee nach Konstantinopel zu machen. Österreich-Ungarn ist in gleicher Weise bereit, an einer so kollektivdemokratischen bei der Porte teilzunehmen, im Falle eine solche Demarche unternommen wird.

Im englischen Oberhause antwortete der Unterstaatssekretär Moreton auf eine Anfrage über die nächsten Befreiungsmaßnahmen im Makedonien, daß die augenblickliche diplomatische und militärische Lage viel zu kritisch und heikel sei, als daß ein Vorfall durch eine Diskussion erzielt werden könne. Wenn die Türkei die Frage der Grenze Konstantinopel wieder anschneide, könnte eine solche Handlung zweifele sehr leicht ungünstig auf England zurückwirken, an denen die Türkei sehr interessiert sei, und die während des Krieges zwischen der Türkei und den Balkanstaaten nicht aufgehört worden seien. Er sollte keine Erfahrungen abgeben über die Aktion, zu der die Mächte etwa bereit seien, oder über den Druck, wenn die Türkei den Rat außer Acht lassen sollte, den die Mächte bereits gegeben hätten.

Parteinachrichten.

Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes der württembergischen Landesarbeitsorganisation an die Landesversammlung, die nächsten Sonnabend und Sonntag in Stuttgart stattfindet, bedeutet ein großes Stück Arbeit. In die neunmonatige Berichtsperiode fielen die Landtagswochen. Der Bericht fasst den Verlauf und das Ergebnis des Wahlkampfs in seinen Hauptzügen und hebt dabei hervor, daß

von beiden wurde erfüllt. So oft er sich an der Klosterpforte einfeste, wurde er unerbittlich fortgewiesen, und so zeitig er auch nach Idro ging, immer fanden sich Buben und Mädchen, die noch zeitig aufgestanden waren, um ihm aufzulauen und ihm unter die Türlippe hervor oder über die Schulter hinweg nachzurufen: "Gottmischer! . . . bist doch ein Gottmischer!"

Povel schwieg lange, flachte aber zuletzt voll Bitterkeit dem Lehrer seinen Verdruß.

"Schau, Schau," erwiderte er, „jetzt ärgert dich? . . . Wie lang ist's her, daß dir um nichts so viel zu tun war, als um die schlechte Meinung der Leute?"

Der Bürsche wurde rot: "Man kann am Ende genau davon friegen," meinte er, und hobrekt versteckt.

"Das darf ich! Wenn ich einer Brügel gebohrt hat und im Anfang auch trost und sagt: 'Nur zu! endlich wird's ihm doch genug, und dann sagt er: 'Hört auf! Aber just da paßt die, die zurücklagen, erst die rechte Brügel. Wie geht's denn mir, und wie lange ist's denn bei mir her, daß ich gelacht habe, wenn die Leute gekommen sind und mich gebeten haben, ich soll machen, daß der Hagel ihr Feld oder der Wind ihre Schäfer verschont? Es hat mir geschmeckt! . . . O, lieber Mensch . . . und heute möchte ich jedem Gel und den Hals fallen, der nichts anderes von mir glaubt, als daß ich so dumm bin, wie er jetzt ist."

Am Wirtschaftsbericht beriefen derweil die Bauern über den Verlauf der Sandgrube an Povel. Anton, der Schmied, um seine Meinung befragt, beantwortete die Sothe.

Auf ihn hatte die Schuldlohnfeierstürmung, die Povel vom Amts wegen aufgestellt worden, Eindruck gemacht, und das Gutsherr der Sachverständigen ihn in dem Zweite befestigt, den er von Anfang her an der Rechtigkeit der Brügel gehabt. Sein Rat war: "Man verkaufe dem Buben die Brügel, er hat Geld, er soll zahlen."

Der Bürsche ging durch.

Povel wurde mürrisch geworden und erworb die Sandgrube zu hohem Preis, nachdem man ihm bogreißlich gemacht hatte, daß die Gemeinde, der er ohnehin seit sieben Jahren im Dienst lag, am wenigsten ihm etwas schenken könnte.

Was ihm betraf, er sond seinen Brügel nicht zu teuer bezahlt. Ihm erschien eine Summe immer noch gering, die ein Wunder getan, und ihm, dem Bettler, dem Gemeinde-

kind, zu einem Eigentum verholfen hatte. Sein Sohne und er beschlossen den Tag, an dem der Kaufvertrag unterschrieben worden war, auf das feierlichste.

Gabredt gründete außer dem Lämpchen auch eine Kerze an, Pavel breitete seine Schuhe vor sich aus, das Beinpaß und Miladas Pentelchen mit seinen noch unangeführten Inhalten. Das Gold wurde gezählt und ein Überdring der Kosten des Haushauses gemahnt. Um die Ziegel war kein Sorge, die sollte Pavel auf dem Felde des Lehrers Idologen, nach Ton brauchte man in der Gegend nicht weit zu suchen. Schäfer hingegen ist das Dolwerk beizubringen, dazu reichten die vorhandenen Mittel nicht aus und konnten im günstigsten Falle vor dem nächsten Herbst kaum zusammengebracht werden. Zum Glück kommt der Dachstuhl zuletzt; die nächsten Sorgen Pavel galten der Planierung seines Grundes und dem Aufbau seiner vier Mauern. Genug für den Anfang, genug für einen, der zur Gestaltung seiner Angelegenheiten nur die Zeit hat, die ihm der Dienst bei fremden Leuten überläßt. Dies alles ausgemacht, und der Bürsche holte Schreibmaterial herbei und verfaßte, schwer leidend und unter größeren Anstrengungen, als daß fallen eines Baumes ihm gefestet hätte, folgenden Brief:

Milada,

„meine allerliebste Schwester ich bin dreimal bei dir gewesen, aber die Klosterfrauen haben mir es nicht erlaubt, der Herr Oberst hat Ihnen schon geschrieben. Milada ich hab die Sandgruben gekauft, wo ich für mich und die Mutter das Haus bauen soll, bitte die Frau Baronin, daß sie mich zu dir gehen laßt ich bin unfähig bin und vom Gericht Schein bekommen habe daß mir das Gericht nichts tun darf ich habe auch neue Kleider und möcht nicht mehr im Kloster leben heil weiß ich die Sandgruben hab. So sollen mich die Klosterfrauen zu dir erlauben.“

Auch an seine Mutter schrieb Pavel noch an denselben Abend und teilte ihr mit, daß sie, wenn ihre Strafe verflossen sei, wieder eine Unterkunft bei ihm finden könne.

Von der Mutter kam auch bald ein Brief voll Liebe, Dank und Sehnsucht; die Antwort Miladas ließ lange auf sich warten und brachte, als sie einsah, eine herbe Enttäuschung.

Das Gemeindelind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

15

11. Kapitel.

Außerhalb des Dorfs, zu führen eines Abhangs, den vor Jahren der längst ausgerodete Buchenwald bedeckt hatte, befand sich eine verlassene Sandgrube. Seitdem sie ihres Inhalts bis auf die letzte Ader entledigt worden war, gehörte sie zu den toten Kapitalien der Gemeindevermögens, und keiner dachte daran, daß die Flecken Erde nutzbar zu machen, denn keiner, der die begonnen hätte zu pflügen und zu säen, würde die Ernte erlebt haben. Einmal nur bot ein Verwalter der Frau Baronin, deren schlechter Helder an die Sandgrube grenzten, dreißig Gulden für den von Unkraut überwucherten WinDEL, trat jedoch von dem Amt, als er richtig gemacht werden sollte, wieder zurück. Von der Zeit an hatte sein Häusler sich mehr gemeldet. Das Erstaunen war nicht gering, als ein solcher endlich wieder auftrat und zwar in der Person — Pavel Golub.

Ein Jahr war vergangen, seitdem er aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, und Tag für Tag botte er sich, im Winter, und war erst mit der finsternen Nacht bringefordert. Nichts vermochte die Kleidungsarmut seiner Lebensweise zu unterbrechen, nichts ihm eine Teilnahme an der Vorgänge in der Außenwelt zu entlocken. Über die Heirat Peters und Winkles, die ganz in der Stille vollzogen worden war und im Dorfe sogar den bartähnlichen Schweigen so viel zu reden gegeben hatte, verlor er kein Wort. An dem Tag, wie an jedem andern, ging er nach Idro, wo er immer Arbeit fand, in der Schmiede, in der Baderfamilie oder im Wald. Er verdiente viel und konnte am Ende der Woche seinen Lohn ungeldmälerig in die Sparfalte unter der Diele im Zimmer Hobrechts legen, der ihn dieser mit Kost und Kleidung versorgte. Mit Wonne hab er das Wachstum seines Reichthums und hätte sich überwaupt gern zufrieden gefühlt — unter zwei Bedingungen. Ein Wiedersehen mit seiner Schwester wäre die erste, Ruhe vor den Niedereien der Dorfjugend die zweite gewesen. Aber keine

Die Differenzen in der württembergischen Parteiorganisation von den Gegnern wördlich ausgeschlagen wurden. Der Erfolg fand dann auch nicht voll befriedigend, besonders nicht bishüdlich der gewonnenen Mandate. Bei den Landeswahlen zeigte sich eine sehr schwache Beteiligung, 24 000 sozialdemokratische Wähler gingen weniger zur Wahl als vier Wochen zuvor bei den Bezirkswahlen. Hatten sämtliche Wähler vom ersten Wahlgang allein in Stuttgart ihr Wahlrecht wieder ausgelöst, so hätte das genügt, um ein weiteres Mandat zu sichern. Auch im südlichen Landkreis entging es einem Mandat durch falsche Abstimmung. Der Landesvorstand macht für die Wahlheit der Wähler zum erheblichen Teil das umfassende Wahlverfahren mit seinen drei Wahlgängen verantwortlich und fordert die Wahl aller Abgeordneten durch den Proporz an einem Wahlgang, der natürlich ein Sonntag sein soll. Ein Antrag in diesem Sinne wurde von unserer Fraktion im Landtag bereits gestellt, fand aber noch nicht zur Behandlung. Bei einem solchen Wahlverfahren würde die Sozialdemokratie zu der ihr gehörenden Vertretung gelangen, während sie heute um kein Mandat betrogen ist.

Wie früher, so begegnen unsere Genossen bei der Agitation in den finstern Gebieten des Zentrums und des Bauernbundes großen Schwierigkeiten. Der Terrorismus nimmt dort Formen an, bei denen unsere Parteiarbeit ausführende Genossen ihres Lebens nicht sicher sind. Die Losabtretung nahm besonders im schwarzen Oberland größeren Umfang an als bei den vorangegangenen Reichstagswahlen. Im 17. Reichstagswahlkreis standen unser Kandidaten in 148 Orten ganz jedes Losole zur Verfügung. Wiederholt erklärte ich, nur die dauernde Schädigung durch Zentrum hindere ihn an der Vergabe seines Losols. Trotzdem wurden im Gebiet des oberländischen Parteidirektors 83 Wahlverkündigungen und 113 sonstige Agitationssammlungen abgehalten. Unsere Stimmenzahl stieg um 681. Das oberländische Sekretariat hat sich gut bemüht. Auch die Bezirkspresse hat im Wahlkampf treffliche Dienste geleistet.

Die Organisation hat trotz der raschenden wirtschaftlichen Unschärfe gute Fortschritte gemacht, wenn sie auch das Maß des Vorjahrs nicht erreichen. Die Zahl der Ortsvereine stieg von 287 auf 377, die Zahl der männlichen Mitglieder von 33 843 auf 36 104, die der weiblichen von 2884 auf 3298. Im ganzen ist also eine Zunahme um 2675 Mitglieder zu verzeichnen. Nur in sechs von den 64 Oberländern fehlt es noch an einer Parteiorganisation. Der Mitgliederzuwachs verteilt sich fast gleichmäßig auf das ganze Land, mir ein schwach entwinkeltes Wahlkreis hat einen kleinen Verlust aufzuweisen.

Auch die Bildungsarbeit wurde gepflegt. Im Besitz von Bibliotheken befinden sich 233 Ortsvereine. Der Vertrieb der vorjährigen Landesverkündigung, einem weiblichen Sekretär anzustellen, konnte wegen Mangel am Mitteln noch nicht verwirklicht werden.

Die Landeswahlen were durch die Häufung der Wahlen sehr stark in Anspruch genommen. Der genaue Aufsichtsbericht liegt noch nicht vor, das aber wird mitgeteilt, daß die Zentralstelle um finanzielle Hilfe angegangen werden möchte. Sämtliche Wahlkreise erwiesen sich aus der Landeskasse, und nur der zweite Wahlkreis war in der Lage, die empfangene Unterstützung vollständig zurückzuzahlen.

Die Bürgerausschusswahlen vom Dezember 1912 brachten eine Vermehrung unserer Gemeindewertertreter von 143 auf 181.

Eine wichtige Frage ist durch einen Beschluss der letzten Landesverkündigung aufgeworfen worden: die Zugänglichkeit von Parteidienststellen zur deutschen Turnerschaft. Eine Erhöhung des Landesvor-

standes hat ergeben, daß in 191 Orten zusammen 1815 Parteimitglieder der deutschen Turnerschaft angehören. In einem Teil dieser Orte besteht kein Arbeiterturnverein. Für den Ausbau der Parteimitglieder, die nicht der deutschen Turnerschaft demütigen können, erklärten sich 102 Ortsvereine, gegen den Ausbau 153 Ortsvereine. Den Erklärungen der letzteren Vereine sind zum Teil interessante Begründungen beigegeben. Meistens wird versichert, der Ortsverein der deutschen Turnerschaft halte sich von allen patriotischen Auseinandersetzungen fern und seine Mitglieder nähmen an der Wahlarbeit für unsere Partei regen Anteil. Verschiedene Ortsvereine erklären, der Ausbau der deutschen Turner wäre gleichbedeutend mit der Auflösung der Partei am Ort. Ein Verein erklärt sich „unter keinen Umständen“ für den Ausbau, denn „wir wollen doch viele deutsche Turner für die Partei gewinnen.“ Generell wird sich deshalb die Frage nicht entscheiden lassen. Eine Komplikation ist noch dadurch eingetreten, daß sich vor kurzem etwa 40 Ortsvereine der deutschen Turnerschaft zu einem neutralen Verbund vereinigt haben, weil sie mit dem corporativen Ansatz an den Jungdeutschlandbund nicht einverstanden waren.

Einen günstigen Eindruck macht der allgemeine Geschäftsbereich der Druckerei der „Schwäbischen Tagesschau“. Der ziffernmäßige Abschluß liegt noch nicht vor. Die Druckorgane der Partei haben einen nennenswerten Abonnementsgewinn gegenüber dem Vorjahr nicht erzielt. Das „Neckar-Echo“ hat sich aus eigener Kraft finanziell sichergestellt und konnte daher einen zweiten Redakteur anstellen. In den geschäftsmäßigen Verhältnissen des Göppinger Unternehmens ist eine dauernde Besserung eingetreten. — „Zugwacht-Kräfender“ findet immer weitere Verbreitung. Am letzten Jahre wurden 45 000 Exemplare verkauft.

Dem Bericht des Landesvorstandes ist der der Preßkommission der „Schwäb. Tag.“ angeliefert, der in umfangreicher Weise über zahlreiche Zuständigkeitskonflikte zwischen Preßkommission und Landesvorstand berichtet und von der Landesverkündigung eine klare Entschließung über die Befugnisse der Preßkommission verlangt. Der Landesvorstand erklärt, er wolle die Antwort auf die Darstellung der Preßkommission auf der Landesverkündigung geben.

Genosse Dr. Lenz schied mit Ende dieses Monats aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“; er wird seinen Wohnsitz seines parlamentarischen Mandates wegen nach Berlin verlegen. Vor elf Jahren trat Genosse Lenz in die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ein und seit 1908 hat er die Leitung des Blattes innegehabt.

Gewerkschaftliches.

Zum Streit der Hamburger Werftarbeiter. Zu der Erklärung der Hauptvorstände machen die Vertreunslente der Werftarbeiter einige Mitteilungen. Sie geben zu, daß sich der Beginn des Streiks nicht mit dem Statut vereinbaren lasse. Die Mehrzahl der einfiditiven Hamburger Werftarbeiter bedauerte auch die erfahrungsergebnisse, sowie aber diesen Schritt, der sich aus allem Vorausgegangen erklärte, sehr wohl begreift.

Im Jahre 1907 legten die Werften die Einstellungslöhne fest. 1910 wurden diese in der Praxis überholten. Einstellungslöhne zu Grunde gelegt, als die Arbeiter nach neuwochentlichem Streik eine Erhöhung der Einstellungslöhne um 2% erzielt hatten. Die derzeit bestehenden Löhne wurden um 2% erhöht, die Arbeitszeit pro Woche um eine Stunde verkürzt. Da die Werften bei der Wiederaufnahme der Arbeit sich auf den Standpunkt stellten, daß die rückständigen Afstandsdienste nicht ausgezahlt zu werden brauchen (das sei ein Irrtum in den Abmachungen), legten die erblitterten Arbeiter unter ähnlichen Umständen wie om

einem Knüttel benommen, wollte er hinter einem alten breitmauligen Raubzahn Poltern lassen und die vom Dorf heranrückenden Feinde dort erwarteten, durchblauen und vertagen. Zu seinem größten Erstaunen fand er jedoch das Hüteramt, das er antreten wollte, schon verlehen und zwar durch Virgil. Dieser hatte gleichfalls einen Stoc in der Hand.

„Bin da“, sagte er, „hab ihrer gerade einige weggetrieben.“

„Was willst du, Spizibus?“ fuhr Povel ihn an. „Hört, schlechter Kerl, mit dir bin ich fertig!“ und erhob den Knüttel.

Virgil hatte den kleinen auf den Boden geklemmt, beide Hände darauf gelegt und sich zusammengekrümmt. Bitternd und demütig sprach er:

„Padicel, schlag mich nicht, lach mich hier stehen, ich stehe hier und geb acht auf deine Ziegel.“

„Du, ja just du wirst acht geben, du! ... Dich kenn ich. Geh zum Teufel.“

„Sprich nicht von ihm!“ wimmerte der Alte beschworend, und seine Augen schlotterten, sprach um Gotteswillen von dem nicht. Ich bin alt, Padicel, ich werde bald sterben, du sollst mit nichts sagen: Geh zum Teufel.“

„Alles eins, ob ich's sag oder nicht, alles eins, ob du gebst oder nicht, wenn du nicht so selber gehst, holt er dich.“

Virgil sang an zu weinen: „Meine Mutter wird auch bald sterben und saràt's sich. Sie möcht dich noch sehen, bevor sie stirbt. Sie wär's auch, die mir gelagt hat: Geh hin und gib acht auf meine Ziegel.“

Padicel betrachtete ihn still und aufmerksam. Wie er auslief, wie merkwürdig! Ganz eingekrümpft und mager, vor Mutter zitternd in seinen dünnen Kleidern und dabei das Gesicht feuerfardig, wie ein Wimpfen aus rotem Glas, in dem ein brennender Docht schwimmt. Das Oel, von dem dieser Ziegel gelassen und hatten sie unbrauchbar gemacht. Povel lachte den Nebelsteinen auf, erwischte sie und führte sie dem Vater vor. Es wurde ihnen eine Ermahnung zuteil, die jedoch ohne Wirkung blieb, der Anfang wiederholte sich. Da beklagte Povel selbst Gerechtigkeit zu üben. Mit

14. Juli d. J. die Arbeit sofort wieder nieder, bis nach zehn Tagen die Auszahlung der rückständigen Afstandsdienste angestanden wurde. Die Frage der Afstande bot denn auch seit 1910 die größte Rolle gespielt und die meisten Konflikte beworgerufen. Die Arbeitsordnungen bestimmten, daß derjenige seinen Afstand überstieß verliert, der seine Entlohnung nimmt, oder aus den Gründen des Kaufaufsatzes 123 der Gewerbeordnung entlassen wird. Die unerhörte Härte dieser Bestimmung, die bisher vergeblich vor den Gerichten angefochten wurde, wird erst dann recht klar, wenn man bedenkt, daß die Afstande teilsweise bis zu einigen tausend Stunden laufen. Durch rigorose Afstandsdiskriminierung wurden die geringen Erfolge der Bewegung von 1910 zum guten Teil wieder wettgemacht. Bei einzelnen Arbeiten wurde ein den Stundenlohn übersteigender Afstand verdient überhaupt nicht mehr erzielt. Seit einigen Monaten ging man bei der Firma Blohm u. Voß dazu über, die Afstande in der Weise zu regeln, daß in ganz willkürlicher Weise „angrenzende Bauteile“ oder „angrenzende Bauteile noch Angabe des Meisters“ dem Afstand zugeschlagen wurden. Beide hatten darunter die Ritter zu leiden. Dafür ein Beispiel. Bei Blohm u. Voß wurde einem Ritter vom Rollstoffsatzbureau ein Afstand pro 100 Meter mit 6 Mt. bzw. 12 Mt. berechnet, d. h. daß ein Teil der Arbeit höher zu bewerten war. Nach Fertigstellung der Arbeit setzte der Meister den Preis von 12 auf 6 Mt. herab. Eine Beschwerde des Ritters hatte seine Entlohnung zur Folge. Eine Kommission, die wegen dieser Sache vorstellig wurde, wurde nicht abgewiesen, sondern sie mußte sich Beleidigungen über die beteiligten Arbeiter sagen lassen. Diese Dinge brachten in die Arbeiterschaft die Erregung hinein, die zur Arbeitsniederlegung am 14. Juli führte, als die Werftarbeiter durch Entstallung gelber Elemente und Entlohnung organisierter Arbeiter provoziert wurden.

Wie die Verwaltungsstelle Hamburg des Metallarbeiterverbandes bekannt macht, wird die erste Unterstützung an ihre streikenden Mitglieder am 20. Juli ausgeschüttet. Eine nennenswerte Anzahl von Streikern kann sich bis jetzt nicht heranschaffen lassen, was bei der großen Zahl der Streikenden auch schwer fallen dürfte. Wie mitgeteilt wird, verfügt man, Reparaturarbeiten im Auslande fertig zu stellen, damit in der Schiffsbau keine Stockungen eintreten. Sollte der Streik längere Zeit an, so werden sich folche Stockungen nicht mehr vermeiden lassen.

Zum Stettiner Werftarbeiterstreik. In Stettin streiken, entgegen unserer Meldung von Dienstag, 624 Werftarbeiter mit Einschluß der seit voriger Woche streikenden Ritter. Davon entfallen 514 auf die freien Gewerkschaften, 120 auf die Gewerbevereine, 240 Streikende sind im Metallarbeiterverband organisiert, 250 gehören dem Fabrikarbeiterverband und 370 dem Holzarbeiterverband an. Außerdem sind 187 Mitglieder des Verbands des Schiffszimmers, 75 Schuhfachmiete, 47 Maler, 34 Goldmünzen und Seizer am Streik beteiligt. Herner kommen noch circa 40 Transportarbeiter und Baurbeiter in Betracht, die sich ebenfalls dem Streik angegeschlossen haben. Die freiständigen Gewerkschaften haben ihren fast 200 Mitgliedern die Entscheidung selbst überlassen.

Am Dienstag tagte eine Deutzenmannerversammlung, die zur Erklärung der Centralvorstände Stellung nehmen wollte. Da letztere noch nicht im Druck vorlag, begnügte man sich, die sofortige Einberufung einer Werftarbeiterkonferenz und einen außerordentlichen Verbandstag der beteiligten Organisationen zu fordern. Die Sitzung wurde am Mittwoch früh vertagt. Nach einer ereigneten Diskussion wurde in dieser Sitzung eine Resolution einstimmig angenommen, welche in shorter Form eine Stellung gegen die Erklärung der Centralvorstände nahm.

trauen, „ich werd ja sehen, was für einen Wadster ich an dir hab.“ (Fortsetzung folgt.)

Zum Fluga Weibe.

Von Heinrich SchampeL

Ma mag zum Wochsen hoite smoot
Rüde haben und nicht hören,
Weil ic' de mooste Volle goot
Gelpette Driller führen;
Aileen ic' gleese fest doeo,
Weil ic' genug Bewise hoa,
Du Wohrhett ei dat Sache.

Drim war ic' mich thunder glei
Der Sozialdämmen mode;
Denn woas die spricht, trifft Olles ei,
Deroith verborgne Sode,
Se word an mit, gleich's, lieber Moon,
Gewich und mit G. almissime som,
War hinf ins hat besöhn.

Der Moon spricht wort: „Wie knusend sohl
Du zu dem Wifa summo?“
Doch mons a Weib sich holt emol
Hot seitl sogenummme,
Doak, mag die Moon au souer sohn,
Wuh deum u jedo soal geschöhn,
A su doot! Ich sie au groote.

Wie nu der kleine Jungo fitt
De Mutter sich bequema
Zum fortgehn, fängt o sa und bitt,
Se foh a miere nadema. —
Aileen de Mutter spricht: „Och je!
Wei Sichta, doas dorleest de ne,
Ich geh zum flage Werbe.“

„Ich wot sehn Loulo, wenn ich sohl.
Hoch, Mutter, u haben mich miets!“
„Dies guitt, me Kind!“ A onder mol,
Ich schmid der an amm' Schmete.“
„Aun' Schmet, fitt er met ne gan;
A flages Weib, die wot ic' sohn.
Wei ic' ma ferne kenne.“ (Schleißige Rambert.)

Lieber Vater, ich habe immer gewußt, daß du unschuldig bist — biß es in dem Schreiben — und mich getrennt und Gott gedankt, daß er dich würdig, unschuldig zu leiden nach dem Vorbild unsres lieben Heilands. Und jetzt mag ich dir etwas sagen, lieber Vater. Ich habe dich lange nicht gesehen, aber wir nur Geboren und kein freiwilliges Opfer, das hat mein Sohn nicht nicht angedreht. Jetzt bat die ehrenwürdige Frau Oberin erlaubt, daß du mich besuchst, und jetzt erst kann ich ein freiwilliges Opfer bringen. Ich tu's, Vater, und ich bitte dich, lieber Vater, komm nicht zu mir, warte noch ein Jahr, warte ohne Warten, denn nur das Opfer, das wir freudig zu Hohen des Kreuzes überliefern, ist ein Gott wohlgemüths und wird von ihm denen angedreht, für die wir es darüberbringen. Doch uns freudig entlogen, du weißt, daß wir für die Seelen unserer Eltern tun, die keine andern Fürbittreider als uns bei dem ewigen Richter haben. Komm also nicht. Wenn du aber dennoch kämst, lieber, lieber Vater, es wäre umsonst — mich würdest du nicht sehen, ich würde die guten Klosterfrauen bitten, mich vor dir zu verstehen. Du würdest wieder fortgehen, hättest mich nicht gesehen und mir das Herz nur unendlich schwer gemacht, denn ich habe dich lieb, mein lieber Vater, gewiß lieber als du dich selbst bist.“

„Was läßtest du denn deine Schwester?“ fragte Padicel, der den Buchen mit betroffener Miene auf das Blatt niederscharrten sah, dessen schwere regelmäßige Schriftzüge er langsam entziffert hatte. Vovel deutete sich plötzlich vor,

„Was läßtst sie?“ wiederholte der Lehrer, erhielt keine Antwort und fragte nicht mehr; er wußte ja bereits aus Erfahrung, wenn der Mensch etwas verschweigen will, dann gibt es keine Macht auf Erden, die ihm sein Geheimnis entzieht.

Als das Frühstück kam, schlug Vovel in einer Reihe von mondheilen Nächten die Siegel zu seinem Bau. Weit als einmal fand er, am Abend aus der Fabrik heimkehrend, seine Arbeit zerstört. Kleine Füße waren über die noch neuen Siegel gelauft und hatten sie unbrauchbar gemacht. Vovel lauerete den Überläufern auf, erwischte sie und führte sie dem Vater vor. Es wurde ihnen eine Ermahnung zuteil, die jedoch ohne Wirkung blieb, der Anfang wiederholte sich. Da beklagte Vovel selbst Gerechtigkeit zu üben. Mit

Sun Werkarbeiterstreik in Bremen. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, soweit sie auf den Werken in Bremen beschäftigt sind, haben in einer Sonder-Versammlung beschlossen, nicht am Streik teilzunehmen, bis der Konflikt im Sinne der Hamburger Konferenzbeschlüsse geendet ist.

Der Kampf in der Nürnberger Büsten- und Pinselfabrik. In ein neues Stadium getreten, indem die Unternehmer in den letzten Wochen sich dem Arbeitgeber-Schutzbund für das deutsche Holzgewerbe angeschlossen haben und mit dem gleichen Augenblick auch ganz neue Bedingungen aufstellen. Während in den früheren Verhandlungen eine vierjährige Vertragsdauer, Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung von Mindestlöhnen beiderseits anerkannt waren, ist jetzt durch das scharfe Tagesschreiben des Verteilers des Arbeitgeberverbands das deutsche Holzgewerbe dieser Standpunkt von den Unternehmen verlassen worden. In der letzten Verhandlung wurde den Arbeitgebervertretern gehagt, dass die früheren Zusagen aufgehoben seien und neue Vorhabe für die Verhandlungen gemacht werden müssten. Es wurde ein Tarifvertrag bis 1919 verlangt unter Begleichung der Mindestlöhne und der Arbeitszeitverkürzung, also einen sechsjährigen Vertrag ohne Mindestlöhne, ohne Arbeitszeitverkürzung bei einer Lohnverhöhung von 3% Prozent. Der Vertreter des Schuhverbandes hat diese neue Forderung der Pinselfabrikanten mit dem Hinweis auf den im Frühjahr dieses Jahres bei den Verhandlungen im Holzgewerbe geflossenen Schiedsentscheid des Freiherrn v. Perleberg begründet und dabei die Behauptung aufgestellt, dass dieser Schiedsentscheid für den Holzarbeiterverband die Verpflichtung enthalte, das Jahr 1919 als Abgangstermin anzuerkennen. Der Verteiler hat sogar erklärt, dass der Centralvorstand des Holzarbeiterverbandes diese Verpflichtung sicher annehmen und es auch gegen den Willen der biegsigen Stoffstellenleitung zur Geltung bringen werde. Hierzu ist zu erlösen, dass der genannte Schiedsentscheid auf die Nürnberger Pinselfabrikantie gar keinen Bezug hat. Es ist blauer Unsan, für die Industrie irgend welche Verbindlichkeiten aus dem Schiedsentscheid ableiten zu wollen. Aber selbst wenn sich beide Parteien darin einig wären, doch jetzt die Pinselfabrikantie mit in die bestehenden Verträge einbezogen werden sollte, könnte höchstens von einer Vertragsdauer bis zum Jahre 1917 die Rede sein, denn durch Annahme des Schiedsentscheides haben sich beide Verbände auf die vierjährige Vertragsdauer ausdrücklich festgelegt. Aus dem Wortlaut des Schiedsentscheides ergibt sich das strikte Gegenteil von dem, was der Schuhverbandsvertreter von dessen Inhalt und der Stellung der beiden Centralorganisationen zu der Frage des Abgangstermins des Vertrags behauptet hat. Es dient Sach der Pinselfabrikantie sein, nachdem sie sich dem Arbeitgeber-Schutzbund für das Holzgewerbe angeschlossen haben, sich darüber klar zu machen, ob für die Pinselfabrikantie ebenso wie für die bisherigen Vertragsparteien der genannte Schiedsentscheid als die Grundlage einer friedlichen Verständigung angelehnt werden soll. Wollen die Unternehmer in ernstlicher Weise hierüber mit sich reden lassen, so würden die Arbeiter das nicht ablehnen. Allerdings könnte es sich dann nicht nur um den im Schiedsentscheid geregelten Abgangstermin der Verträge handeln, es müssten in diesem Falle auch die übrigen Bedingungen anerkannt werden. Der Schiedsentscheid hat neben der Vertragsdauer auch die Regelung der Arbeitszeitverkürzung und Lohnverhöhung für mehr als 30.000 Holzarbeiter geregelt, und zwar so, dass die wöchentliche Arbeitszeit bis auf 50 Stunden herab pro Woche verkürzt wird und die Löhne infolge Ablaufzeit um 12 bis 15 Prog. erhöht werden. Wollen die Unternehmer diese Grundlage im gegenwärtigen Augenblick als neue Verhandlungsbasis anerkennen, den Streitenden kann es recht sein. Es wird sich dann zeigen, ob die Nürnberger Pinselfabrikantie als neueste Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzbundes ihren Beitrag zu dieser Organisation in dem Besitztum vollzogen haben, im Rahmen der zwischen den beiden Verbänden bestehenden Vertragsvereinheit auch ihre Angelegenheiten zu führen oder ob sie glauben, sich Extrabogenzen leisten zu können, womit die Situation allsdann für die Arbeiter ja ebenfalls in dankenswerter Weise geöffnet wäre. Zugang nach Nürnberg ist streng fernzuhalten!

Aus dem Lande.

Barel. Über den Bau einer zweiklassigen Volksschule am Hofen mündet man seit einiger Zeit in der biegsigen Stadt. Der Bau soll am Betrieben des Oberhofkollegiums erfolgen. Die Wehrheit der biegsigen Einwohnerchaft kann dem Blame aber durchaus keine Sympathie entgegenbringen, weil sie es für ganz verfehlt hält, um den Kindern vom Hofen und Rautenkrooge den Schulweg zu verkürzen, am Hofen eine zweiklassige Schule zu errichten. Schon seit längerer Zeit geht die biegsige Schulbehörde mit dem Gedanken um, für die heutige viel zu kleine Schule an einer anderen Stelle einen Neubau zu errichten. Auch hört man, dass die Bürgewerkschule als Knabenstufe in Aussicht genommen ist. Untere Ansicht, und auch die der Wehrheit der Einwohner ist es, dass es doch wohl viel besser wäre, wenn der Plan, die Knabenstufe in die Bürgewerkschule zu verlegen, verwirklicht würde. Hierdurch würde den Kindern vom Hofen und Rautenkrooge der Weg um ein ganzes Stück verkürzt, so dass wahrscheinlich die erforderliche Anzahl Kinder, die einen Schulweg von 2½ Kilometer zu machen hätten, nicht mehr übrig bleibten würden. Hierdurch könnte auch dem Oberhofkollegium vielleicht ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Die heutige siebenklassige Schule liege sich dann auch sehr gut in eine achtklassige umwandeln. Wom auch sich doch eigentlich wundern, dass das Oberhofkollegium so auf die Errichtung von vielen Schulen verzichtet ist, anstatt doch es dafür sorgt, dass die bestehenden Schulen nach Möglichkeit in achtklassige umgewandelt werden, denn es ist doch eine Tatsache, dass die Kinder in einer achtklassigen Schule mehr lernen, wie in einer siebenklassigen.

Ein Erfolg öffentlicher Kritik? Zum 1. Oktober ist als Hauptlehrer an der biegsigen Mädchen-Schule Lehrer Gerdes eingeschritten. Diesen Posten hat jetzt Hanstieker Gerdes inne, der fürzlich auch unteren Lehrern in wenig rücksichtiger Weise behandelt wurde durch die ganz entschieden zu weit gehende körperliche Bildung eines Schülermädchen. Hauptlehrer Gerdes tritt in den Ruhestand.

Olsenburg. Vergnügungsfahrt nach Wangerooge. Mittwoch den 30. Juli 1913, wird eine Vergnügungsfahrt von Olsenburg nach Wangerooge veranstaltet, zu der auf den nachgezogenen Stationen Rüschendorf 2. und 3. Klasse zu ermäßigten Preisen nach Wangerooge St. ausgeben werden. Olsenburg ab 6.53, Rastede 7.08, Barel 7.28, Jevers 8.02, Carolinensiel 8.40, Wangerooge St. an 10.00 Uhr vormittags. Wangerooge ab 6.40, Carolinensiel 10.08. Jevers 8.41, Barel 9.32, Rastede 9.53, Olsenburg 10.08 nachmittags. Die Rüschendorfer werden nur in beschränkter Zahl ausgegeben. Es empfiehlt sich deshalb eine vorzeitige Anmeldung.

Die nächste Wanderausfahrt des Arbeiter-Wanderbundes. führt am Sonntag den 27. Juli nach einer der schönsten Gegenden des Herzogtums: Oldenburg, dem Hunetal und Wildeshausen. Treffpunkt 8 Uhr fahrt vor dem Bahnhof. Auch Nichtmitglieder sind als Gäste gern willkommen. Genossen aus Delmenhorst, die sich daran beteiligen möchten, erlauben Abberes von Paul Müller, Olsenburg, Rankestraße 22.

Delmenhorst. Sitzung des Gesamtstadtrats. In der gestern abend stattgefundenen Sitzung des Gesamtstadtrats wurde zunächst der Vorschlag der Dienstboten-Kontrollkasse festgestellt, dabei wurden verschiedene kleinere Wünsche betrachtet. Vereinfachung der Verwaltung des südlichen Betriebes allgemein gewünscht. Hierzu wurden die vorliegenden Bläue und Kostenanschläge für die neue katholische Volksschule an der Lilienstraße genehmigt und hierfür 96.000 Mark bewilligt. — Der Antrag Leffers betr. Bewilligung eines Zulusses für den Religionsunterricht an katholische Schüler der Oberrealschule wurde nach längerer Debatte mit 13 gegen 10 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt. Ein gleicher Antrag der katholischen Gemeinde wurde ebenfalls abgelehnt. — Nach einer Debatte über die Angelegenheit betreff. Steuerunterstützung der Firma Gebr. Leffers, die von Herrn C. Leffers angeregt wurde und nach Erledigung kleinerer Anfragen erfolgte Schluss der Sitzung. Auf die Debatte über die Leffers'sche Angelegenheit kommen wir zurück.

Die Aufhebung der Sachsenstrafe streift seit längerer Zeit die Norddeutsche Wollkämmerel, die Hauptanwälte an dieser Strafe ist, an. Vor einigen Jahren ließ die Norddeutsche Wollkämmerel die Strafe vollständig sperren, musste aber, da es sich um einen öffentlichen Betrieb handelt, die Sperrung für die eingetragene Fläche wieder frei geben. Die Wollkämmerel sucht jetzt die Wagenverkehr auf dieser Straße zu inhibieren durch Anbringung von Sperrhindernissen, die nur den Fußgängerverkehr gestatten. Auf Antrag der Wollkämmerel fand am Dienstag abend eine Versammlung der Straßenanlieger beim Stadtmagistrat Delmenhorst statt. Dorthin stellte der Vertreter der Wollkämmerel den Antrag auf Aufhebung der Sachsenstrafe in dem der Wollkämmerel gehörigen Teile. Der Antrag fand keine Zustimmung, da sämtliche Anlieger, außer dem Vertreter der Wollkämmerel, dagegen stimmten. Die Wollkämmerel wird weiterlos im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens die Aufhebung des Weges zu erreichen suchen, was höchstens nicht gelingt.

Greife. Gruppenturnfest. Am kommenden Sonntag findet in Greife das erste Gruppenturnfest der ersten Gruppe des Bezirkes 2a, Kreis 11, des Arbeiterverschönerungsvereins, verbunden mit zehnjähriges Stiftungsfest der Greife Turnerschaft Greife statt. Zehn Jahre sind in diesem Herbst verflossen, seitdem die Greife Turnerschaft Greife ins Leben gerufen worden ist. Es war der erste Verein am linken Unterweserufer, und bildete er den Grundstock für die erste Gruppe des Bezirkes 2a. Deswegen findet auch in Greife das erste Gruppenturnfest statt. Wenn man die Vergangenheit betrachtet, muss man sagen, dass die Arbeiterverschönerungsvereinigung seit jener Zeit auch in den oldenburgischen Unterweserorten viele Fortschritte gemacht hat. Im Jahre 1904 wurde die Greife Turnerschaft Rodenkirchen gegründet, später folgte Einswarden, 1908 Abbedaußen und Buchau, dann kam Stolzhamm, Rodenkirchen und zuletzt Seedorf. Mit Freuden würden wir es begrüßen, wenn wir dem Greifensee Turnverein, der sich bis jetzt noch keinen Bund angelassen hat, und doch zum größten Teil aus Arbeitern besteht, in nächster Zeit als Brudertverein die Hand reichen könnten. Außer den Brudertvereinen in und innerhalb der Gruppe sind auch die Gewerkschaften und Arbeiterverschönerungsvereine von Greife zu der Feier eingeladen und darf wohl eine allgemeine Beteiligung dieser Korporationen erwartet werden. Das Programm ist folgendermaßen aufzumengenfestellt: Morgens 8½ Uhr Beginn des volkstümlichen Turnturnens; mittags 1½ Uhr Aufführung zum Festtag bei H. Eiers' Gasthof, danach Festszug durch die Hauptstraßen der Stadt zum Festplatz (Alter Schulhof), anschließend davon die Feste; um 3½ Uhr Beginn des Schauturnens, bestehend in Freiluftturnen, Geräteturnen, Weitsprungturnen und Mannschaftsspielen; von 7 Uhr am Festhalle im „Alten Schulhof“ und bei H. Eiers.

Dielectric. Eine Gemeinderatssitzung fand am Dienstag in Michaelis Hotel hier statt. Zur Wahl von Spritzenmannschaften zur Blaskapelle wurde die vorgelegte Liste für die Ortschaften Bischendorf und Schwedeneck genehmigt. — Die vertraglichen 100-Zentimeter-Rohren, die bei der Konfektion schon verarbeitet sind, müssen wieder herausgeschafft und neu gelegt werden. Für die Arbeit verlangt der Unternehmer Seitmann-Leben für den laufenden Meter 22.20 Mark. Diese Summe scheint dem Gemeinderat zu hoch. Es soll daher ein Sachverständiger befragt werden. Die Kommission wird mit dem weiteren beauftragt. Eine Abschlagszahlung für geleistete

Röhren soll den Annehmern Herdejürgens u. Hermann von 200 Mark gemacht werden. — Der Kauf eines Grundstücks für einen Transformator in Blexen von Doree für 8 Mark pro Quadratmeter, wurde genehmigt und der Gemeindewertheimer wird beauftragt, diese beiden Grundstücke in Einswarden und Blexen im Grundbuche anzulösen. Durch Aufstellen der Kosten für die elektrischen Anlagen kommen allerlei Hindernisse. Die Kommission geht darüber, ob die bebauen werden können. Nachträglich wird der Mühlensiebener Schwartling-Blexermüller den Antrag, ob es ihm nicht möglich gemacht werden kann, seinen ganzen Mühlensiebener mit elektrischer Kraft zu versorgen; er garantiert, für 2500 Mark jährlich Strom abzunehmen. Die Kommission wird beauftragt, demgemäß einen Vertrag abschließen. G. Möller'sches Blexen ist als drittes Ostfildertor für Lichtanlagen die Genehmigung erteilt worden. Mit Waddens ist der Vertrag abgeschlossen, das der Gemeindewertheimer für elektrische Anlagen die Haushaltsumsätze abzugeben hat. Das Verfahren der Erde nach Blixenwarden wurde dem Hubmann Blixen, pro Quadratmeter 2 Pf. genehmigt. — Der Blixenwaldhof am Mitteldeich bis zur Rordenheimer Grenze soll fertiggestellt werden.

Bremen. Die Bluttat des wahnhaften Oberlehrers Schmidt hat ein furchtbares Todesopfer gefordert. Im biegsigen Oldenburger Landhaus ist die sechsjährige Eli Hoyer, einziges Kind ihrer Eltern, nachträglich ihnen schweren Schläge verleidet erlegen. Das Kind war zweimal in den Kopf, einmal durch ein Auge ins Gehirn getroffen, so dass jedenfalls völlige Erblindung eingetreten war. Man hatte dies aber noch nicht feststellen können, da das arme Kind seit seiner Bewußtsein, von furchtbaren Schmerzen geplagt, wie in einem Dämmergutland gelegen hat. Eine Befreiung im Gehirn brachte den Tod.

— Bei einem Fahrradbootunglück sind am Dienstag im Industriehafen zwei und vielleicht noch mehr Menschen ertrunken. Ein Fahrradboot, das hauptsächlich mit Arbeitern der Norddeutschen Hütte voll besetzt war, stieß vom Lande ab, als noch mehrere Arbeiter hineinstiegen. Als nun ein Dampfer passierte, und startete Wellenschlag verurteilte, lenkte das mit etwa 15 Personen besetzte Boot, und alle Insassen stürzten über Bord. Ein zweites Fahrradboot war rasch zu Stelle und rettete, was erreichbar war. Da die Getöteten, meistens Polen, gleich davontaten, war nachher weder festzustellen, wieviel Leute sich im Boot befunden hatten, und ob auch alle wieder ans Trockne gelangt waren. So begann man denn die Unfallstelle abzusuchen und fand nach 1½ Stunden die Leiche eines holländischen Schiffslösers Cornelius Scholten vom Dampfer „Harald“, seiner Sachen eines Schlossers Anton Kurza, der wahrscheinlich auch ertrunken ist. Das Suchen wird fortgesetzt.

Buxum. Der Kindler U. Rannings von hier erlitt einen II. II. I. II. III. mit seinem Gefährten. Im Groothausen hatte das Eingestell ausgebaut. Auf der stark abschüssigen Straße lief der Wagen rückwärts in den Straßengruben und begrub die Insassen unter sich. Dabei brach der Arbeiter Hermannus von Roden das Bein und musste nach Enden ins Krankenhaus gefbracht werden. Die anderen Insassen erlitten leichtere Verletzungen. Das schwer gewordene Bein konnte mit dem Eingestell davon und verletzte sich daran, doch es vielmehr wortlos ist.

Aus aller Welt.

Ein Gefreiter als Rekrutenshinder. Vom Kriegsgericht in Düsseldorf wurde der inzwischen bereits zur Reserve entlassene frühere Gefreite August Glöd aus dem Landwehr-Bataillon wegen Misshandlung von Untergebenen in acht Höllen, vorsätzlich wideriger Behandlung in mindestens fünf Höllen, gefährlicher Körperverletzung und Anmaßung einer Befehlsbestrafung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Glöd diente beim 11. Infanterieregiment in Krefeld, dem befohlenen „Zugzuläufen“) und war dort im letzten Dienstjahr Gefreiter und Stubenmeister. Als solcher drangfolierte er die ihm zugewiesenen Rekruten auf alle mögliche Weise. Nichts musste sie mit geputzten Soden vor seinem Bett antreten oder er ließ sie auf und in die Spinden flattern, wobei er mit Fäusten und Knüppeln „nachholt“. Aus der Rantins ließ er sich von Rekruten Bier und Wurst kosten, gab ihnen aber das ausgelagerte Brot nicht zurück. Begegnender Besuch wünschte er die Leute zu einschüchtern, dass sie von den Schindereien keine Anzeige machen, bis schließlich der Befehl eines der Mißhandelten die Vorgänge brieffisch dem Regiment mitteilte.

Dithmars. Weiter während einer ganzen Ozeanfahrt. Der „Reisevertrag Heraus“ verzeichnet die bemerkenswerte Dokumentation, dass Kapitän Adam, der neue Befehlshaber des Norddeutschen Lloydkommandos „Kaiser Wilhelm der Große“, der am Montag in Plymouth aus New York eingetroffen ist, während seiner ganzen Fahrt über den Atlantischen Ozean infolge dichten Wetters keine einzige astronomische Beobachtung machen konnte. Er dampfte über 3000 Meilen bloß mit Hilfe seiner Berechnungstabellen und kennt eine genaue Zeitbestimmung erst machen, als er die Scilly-Inseln am Montag früh um 6 Uhr sichtete.

Eine Spielergesellschaft ausgebunden. Die Berliner Kriminalpolizei hat in einem Hotel in der Alexanderstraße in Berlin eine Spielergesellschaft ausgebunden, die seit längerer Zeit dort hinter verschlossenen Türen um hohe Beträge Glücksspiele veranstaltete. Unter den Mitspielern soll sich eine ganze Anzahl von gewerbsmäßigen Spielern befunden haben. Die Spieler wurden mittwoch im Spiel von den Kriminalbeamten überprüft. Eine Untersuchung ergab, dass ein Teil der Karten „gefälscht“ war.

Eine ganze Kirchentrippe gehoben. Aus Königswberg i. Pr. wird geschrieben: Ein wohl noch nicht dagemachten Diebstahlabschuss haben sich die drei Tage hier, inmitten der Großstadt, diese ausgleicht; nämlich die stark vergoldete kupferne Kirchentrippe der Sackheimer Kirche, welche zuletzt ausgebekert und dabei mit Goldstücken bis oben heraus umgezogen ist. So konnten die Täter die Türe oben verdeckt und ungestört in der Nacht oben arbeiten. Da in der



